

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses

Antrag:

1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2019 wird genehmigt.
2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2019 wird genehmigt.
3. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent (2018: 122 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
4. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2020 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Inhaltsverzeichnis

Antrag:	1
1. Einleitung	3
2. Neue Regelung Abgrenzung Finanzausgleich	3
3. Erfolgsrechnung	6
4. Stellenplan	8
5. Grobanalyse Budget 2019	9
6. Integrierter Aufgaben – und Finanzplan (IAFP)	18
7. Investitionsplanung 2019 bis 2022	26
8. Zusammenfassung und Fazit	29

1. Einleitung

Für das Jahr 2019 wird bei einem bereinigten Aufwand von 1 390 422 808 Franken und einem bereinigten Ertrag von 1 348 132 541 Franken mit einem Verlust in der Höhe von 42 290 267 Franken bei gleichbleibendem Steuerfuss von 122 Prozent gerechnet. Dieses Defizit ist zur Hauptsache die Folge einer geänderten Abgrenzungspraxis beim Ressourcenausgleich aufgrund des neuen Gemeindegesetzes (GG). Ohne diese Änderung würde ein Gewinn in der Höhe von 12,7 Millionen Franken resultieren.

Die neue Regelung verlangt eine Abgrenzung der Steuerkraftabschöpfungen und –zuschüsse über transitorische Aktiven oder Rückstellungen. Der nach Vornahme der Abgrenzungen im Budget ausgewiesene Ressourcenausgleichsbetrag entspricht jedoch weder einer periodengerechten Verbuchung noch der Verbuchung bei der Auszahlung, wie es heute der Fall ist. Damit verlieren die ausgewiesenen Resultate jegliche ökonomische Bedeutung und verunmöglichen die Darstellung der tatsächlichen finanziellen Lage. Zudem widerspricht die geforderte Umsetzung grundlegenden buchhalterischen Regeln, wie diese beispielsweise in § 130 GG postuliert werden. Die neue Regelung wurde erst im Rahmen der Beratung der Gesetzesvorlage vom Kantonsrat eingeführt; in der regierungsrätlichen Vorlage waren die Forderungen und Verpflichtungen des Finanzausgleichs ausdrücklich von der Periodenabgrenzung ausgenommen (§ 125 Abs. 2 GG, Antrag Regierungsrat). Der Stadtrat hat deshalb zusammen mit anderen Gemeinden einen Prozess eingeleitet, um diese neue Bestimmung möglichst umgehend wieder aufheben zu können. Eine detailliertere Erklärung erfolgt im nachfolgenden Kapitel 2.

Gegenüber dem letztjährigen Budget haben insbesondere die Nettokosten im Schulbereich (plus 12,5 Mio. Fr.), der Kosten für die Pflegefinanzierung (plus 3,9 Mio. Fr.), des öffentlichen Verkehrs (plus 3,5 Mio. Fr.) und der individuellen Unterstützung inklusive deren Abwicklung (plus 3,3 Mio. Fr.) zugenommen. Diese Entwicklungen wurden zum grössten Teil in der letztjährigen Finanzplanung vorausgesehen. Allerdings übertrifft die Kostenentwicklung im Schulbereich die letztjährige Annahme um fast das Doppelte. Wegen des Rückgangs der Grundstückgewinnsteuereinnahmen nach den Sondereffekten der vergangenen zwei Jahre auf eine durchschnittlich erwartete Höhe verzeichnen die Steuereinnahmen eine Einbusse von 13,6 Millionen Franken. Die moderate Zunahme von gut 5 Millionen Franken bei den anderen Steuerarten wird dadurch überkompensiert.

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die Jahre 2020 bis 2022 zeigt, dass sich insbesondere im Schulbereich (plus 24,2 Mio. Fr.), bei der individuellen Unterstützung (plus 20,9 Mio. Fr.) und bei den Kosten für die Pflegefinanzierung (plus 4,2 Mio. Fr.) keine längerfristige Trendwende abzeichnet. Zudem wird angenommen, dass durch die Umsetzung der «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)» zumindest vorübergehend rund 20 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen werden. In der IAFP-Periode wird im Jahr 2022 eine erste Umsetzungstranche mit Steuerausfällen von circa 10 Millionen Franken erwartet. Die zweite Tranche wird voraussichtlich erst ab 2025 wirksam werden. Diese markanten Steuerausfälle werden realistischer Weise kurz- bis mittelfristig höchstens teilweise kompensiert werden können.

2. Neue Regelung Abgrenzung Finanzausgleich

§ 119 Absatz 2 und 3 des neuen Gemeindegesetzes (GG) regeln die zeitliche Abgrenzung der Steuerkraftabschöpfungen und –zuschüsse über transitorische Aktiven oder Rückstellungen. Die Höhe der Abgrenzung entspricht der Differenz zwischen dem im Rechnungsjahr empfangenen bzw. abzuliefernden Ausgleichsbeitrag und dem aufgrund der Steuerkraft im Rechnungsjahr zu erwartenden bzw. zu leistenden Ausgleichbeitrags. Bei Guthaben ist die Abgrenzung in den transitorischen Aktiven, bei einer Verpflichtung in den Rückstellungen vorzunehmen. Diese Asymmetrie in der Kontierung ist darauf zurückzuführen, dass die Rechnungslegung auf der Aktivseite kein Pendant zu den Rückstellungen auf der Passivseite vorsieht.

Diese neue Regelung wird für das Budget 2019 wie folgt umgesetzt:

- Die Abgrenzungen der Jahre 2017 (37,0 Mio. Fr.) und 2018 (17,9 Mio. Fr.) werden nachträglich über den Bilanzanpassungsbericht per 1. Januar 2019 vorgenommen. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital vorübergehend um 54,9 Millionen Franken.
- Abgrenzung 2017: Im 2017 hat die Stadt einen Ressourcenzuschuss von 78,2 Millionen Franken auf der Grundlage von 2015 vereinnahmt. Die effektive Differenz der Steuerkraft der Stadt Winterthur zum kantonalen Mittel im Jahr 2017 ergibt einen Ressourcenzuschuss von 115,2 Millionen Franken. Die Differenz von 37 Millionen Franken ist im Bilanzanpassungsbericht als transitorisches Aktivum zu verbuchen und mit dem Budget 2019 wieder aufzulösen.
- Abgrenzung 2018: Die im Bilanzanpassungsbericht vorgenommene Abgrenzung für das Jahr 2018 hat keine Auswirkung auf das Budget 2019, sondern wird erst im Budget 2020 wirksam.
- Abgrenzung 2019: Die Schätzung des periodengerechten Ressourcenausgleichs für 2019 beträgt 97,4 Millionen Franken. Da im Jahr 2019 115,2 Millionen Franken ausbezahlt werden, resultiert eine weitere Differenz von 17,8 Millionen Franken, welche als Rückstellung zu verbuchen ist.

Somit resultiert für das Budget 2019 folgender Ressourcenausgleich:

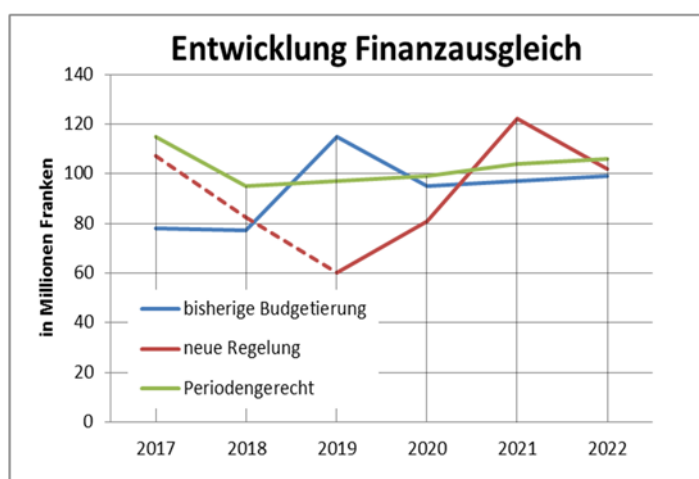
- | | |
|---|------------------------|
| • Auszahlung Ressourcenausgleich für 2019: | Fr. 115,2 Mio. |
| = bisheriger Budgetbetrag | |
| • Auflösung transitorisches Aktivum aus 2017: | - Fr. 37,0 Mio. |
| • <u>Bildung Rückstellung im 2019:</u> | <u>- Fr. 17,8 Mio.</u> |

**Total zu budgetierender Ressourcenausgleich 2019
gemäss neuer Regelung:**

Fr. 60,4 Mio.

Die für das Budget 2019 errechnete Höhe des Ressourcenausgleichs entspricht somit weder dem im Rechnungsjahr ausbezahlten Betrag (bisherige Methode) noch der periodengerechten Höhe. Somit verliert dieser Betrag jegliche Aussagekraft.

Entwicklung Ressourcenausgleich nach neuer Regelung sowohl im Vergleich zur bisherigen Methode als auch einer periodengerechten Betrachtung



Wie aus nebenstehender Grafik hervorgeht, variieren die drei Linienvverläufe erheblich. Bis auf das Jahr 2022 ergeben sich Differenzen in mindestens zweistelliger Millionenhöhe. Dass im 2022 die Linien auf ähnlicher Höhe liegen, ist reiner Zufall. Die bisherige Budgetierung (blaue Linie) hinkt der periodengerechten Budgetierung (grüne Linie) um zwei Jahre hinterher. Beide sind jedoch nachvollziehbar und stetig. Die neue Regelung (rote Linie) hat demgegenüber keinen Bezug zu den anderen Linien und ergibt in ihrem Verlauf auch keinen Sinn.

Auch die periodengerechte Verbuchung des Ressourcenausgleichs hat zwei gewichtige Nachteile:

- Die Höhe der Abgrenzung des Ressourcenausgleichs müsste sowohl in der Jahresrechnung als auch im Budget geschätzt werden. Im Budget ist sowohl die kantonale als auch die städtische Steuerkraft geschätzt. In der Rechnung ist zwar die städtische Steuerkraft bekannt, aber das kantonale Mittel noch nicht. Die daraus entstehenden Abweichungen können somit beträchtlich sein.
- Bei einer periodengerechten Budgetierung müsste der gesamte Ressourcenausgleich abgegrenzt werden, so dass zweimal ein zusätzlicher Ressourcenausgleich für jeweils ein Jahr vereinnahmt würde. Dies führte bei Zuschussgemeinden zu einer Eigenkapitalhöhe, welche in dieser Grössenordnung gar nicht vorhanden ist.

Der Stadtrat erachtet daher die bisherige Methode als die beste Lösung. Für die Festsetzung des Steuerfusses soll deshalb das Budgetresultat gelten, welches sich durch die Berücksichtigung des Ressourcenausgleichs nach bisheriger Methode ergibt. Dieses entspricht einem Gewinn von 12,7 Millionen Franken.

Die neue Regelung stösst nicht nur in der Stadtgemeinde Winterthur auf Widerstand. Der Stadtrat hat deshalb zusammen mit anderen Gemeinden einen Prozess eingeleitet, um diese neue Bestimmung möglichst umgehend wieder aufheben zu können.

- Der leitende Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes (LA GPV) hat ein Schreiben zuhanden des Kantonsrates verfasst. Dieser soll mittels parlamentarischer Initiative aufgefordert werden, diese von ihm im Rahmen der Totalrevision des Gemeindegesetzes erarbeitete und schliesslich verabschiedete Regelung wieder aufzuheben und durch die bisherige Methode zu ersetzen, wonach Gemeinden, die von einer Abschöpfung betroffen waren, Rückstellungen für die spätere Begleichung einer höheren Abschöpfung bilden konnten. Die Nehmergemeinden durften keine Abgrenzung vornehmen.
- Es ist das erklärte Ziel, die Aufhebung von §119 Absatz 2 und 3 GG bis Mitte nächsten Jahres zu erreichen. Wenn diesem Ansinnen Erfolg beschieden ist, könnte es vermieden werden, dass diese Abgrenzungen in die Bilanz fliessen, da der Bilanzanpassungsbericht per 1. Januar 2019, in welchem diese Abgrenzungen vorgenommen werden, erst mit der Rechnungslegung 2019 sichtbar werden.

Abschliessend ist festzuhalten, dass § 119 GG im Widerspruch zu § 130 GG steht, welcher die Bilanzierungsgrundsätze regelt. Bei korrekter Anwendung von § 119 GG erfolgt deshalb zwingend ein Verstoss gegen § 130 GG respektive bei Anwendung von § 130 ein Verstoss gegen § 119 GG. Eine rechtskonforme Umsetzung der neuen Abgrenzungspraxis ist demzufolge gar nicht möglich. Diese Auffassung wird von der Finanzkontrolle geteilt, und es ist davon auszugehen, dass dies Auswirkungen im Prüfbericht zur Rechnung 2019 haben wird.

3. Erfolgsrechnung

(Alle Zahlen in Franken)				
	Budget 2018	Budget 2019	Abweichung gegenüber Vorjahr	%
Aufwand	1 580 534 940	1 646 329 376	- 65 794 436	4
interne Verrechnungen	242 229 747	255 906 568	- 13 676 821	6
bereinigter Aufwand	1 338 305 193	1 390 422 808	- 52 117 615	4
Ertrag	1 596 414 918	1 604 039 109	7 624 191	0
interne Verrechnungen	242 229 747	255 906 568	13 676 821	6
bereinigter Ertrag	1 354 185 171	1 348 132 541	- 6 052 630	0
Ergebnis	15 879 978	42 290 267	- 58 170 245	*
	(Gewinn)	(Verlust)		
Personalaufwand	440 109 631	453 039 832	- 12 930 201	3
Sach- und übriger Betriebsaufwand	243 750 862	244 758 885	- 1 008 023	0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	103 786 124	107 013 047	- 3 226 923	3
Finanzaufwand	31 475 650	36 267 650	- 4 792 000	15
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	22 721 143	31 901 485	- 9 180 341	40
Transferaufwand	496 097 782	517 249 910	- 21 152 127	4
Durchlaufende Beiträge	364 000	192 000	172 000	47
Interne Verrechnungen	242 229 747	255 906 568	- 13 676 821	6
Fiskalertrag	440 475 000	426 853 000	- 13 622 000	3
Regalien und Konzessionen	1 196 000	1 294 600	98 600	8
Entgelte	527 585 937	546 476 787	18 890 850	4
Verschiedene Erträge	15 190 897	15 775 192	584 295	4
Finanzertrag	33 537 676	43 918 280	10 380 604	31
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	7 321 431	7 939 274	617 842	8
Transferertrag	328 257 230	305 683 409	- 22 573 821	7
Durchlaufende Beiträge	364 000	192 000	- 172 000	47
Ausserordentlicher Ertrag	257 000	0	- 257 000	.
Interne Verrechnungen	242 229 747	255 906 568	13 676 821	6

Der unbereinigte Aufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 65,8 Millionen Franken (bereinigt 52,1 Mio. Fr.), die wie folgt verteilt sind:

Bereich	Bruttoaufwandsteigerung Bu 18 zu Bu 19	Bruttoaufwandsteigerung Bu 17 zu Bu 18
Eigenwirtschaftsbetriebe	11,3	2,1
Sozial- und Altersbereich	20,2	21,0
Bildungsbereich	14,2	16,0
Finanzimmobilien	6,9	-2,9
Öffentlicher Verkehr	3,5	0
Abschreibungen allg. Verwaltungsvermögen	1,6	6,2
Personalmassnahmen	1,5	1,5
Diverses	6,6	4,1
Total	65,8	48,0

Vor allem im Sozialbereich gibt es namhafte Rückerstattungen und in sehr abgeschwächter Form auch im Bildungsbereich.

Der **Personalaufwand** steigt stadtweit um 12,9 Millionen Franken. Der Stellenetat wächst um 75 Stellen, wovon vier bestehende Stellen im DKD gemäss neuem Personalstatut neu im Stellenplan aufzunehmen sind. Ein gutes Drittel wird im Schulbereich (27,5) geschaffen und mehr als ein Drittel ist refinanziert (33,4).

Wie im letzten Jahr beantragt der Stadtrat, die Personalmassnahmen zu gewähren. 1,5 Millionen Franken sind im Budget eingestellt. Dies ist der Teil, welcher nicht aus dem Rotationsgewinn und Vakanzen finanziert werden kann. Da die Lohnerhöhungen neu im März ausbezahlt werden, wird das Jahr 2019 zusätzlich entlastet. Der Rotationsgewinn belief sich über die letzten fünf Jahre (2013- 2017) auf durchschnittlich 0.45 % der Lohnsumme. Die Teuerung blieb moderat; da in der Vergangenheit eine negative Teuerung zu verzeichnen war, welche durch diesen Anstieg noch nicht kompensiert wird, ist ein Ausgleich der Teuerung nicht notwendig.

Die negative Abweichung im **Sach- und Betriebsaufwand** beträgt 1 Million Franken, wovon ein Drittel auf die Eigenwirtschaftsbetriebe fällt. Insgesamt ergibt sich ein sehr uneinheitliches Bild bei der Kostenentwicklung.

Die **Abschreibungen im Verwaltungsvermögen** fallen gegenüber dem Budget 2018 um rund 3,2 Millionen Franken höher aus. Die Zunahme ist zwischen den Eigenwirtschaftsbetrieben und dem Steuerhaushalt hälftig aufgeteilt (vgl. dazu die Erläuterungen zu den Abschreibungen in Kapitel 5b, Abschreibungen).

Der **Finanzaufwand (Zinsen und Immobilien des Finanzvermögens)** steigt um 4,8 Millionen Franken. Zwar können die externen Zinskosten wegen eines weiterhin sehr tiefen Zinsniveaus und einer aktiven Liquiditätsbewirtschaftung um weitere 1,5 Millionen Franken gesenkt werden; Sanierungen von Immobilien und deren Wertberichtigungen machen diese Einsparung jedoch zu Nichte.

Die **Einlagen und Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen** widerspiegeln den Gewinn beziehungsweise Verlust der eigenwirtschaftlich geführten Bereiche. Die Einlagen übersteigen die Entnahmen um 24,2 Millionen Franken. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Verbesserung von 9,4 Millionen Franken. Im Weiteren werden die Bewegungen der Fonds im Eigen- und Fremdkapital über diese Kostenarten abgewickelt.

Die Ablieferung von 10,9 Millionen Franken von Stadtwerk wird neu über die internen Verrechnungen verbucht. Daher nimmt der **Transferaufwand** lediglich um 21,2 Millionen Franken zu. Dazu tragen folgende Positionen bei: die weiterhin steigenden Bruttokosten der individuellen Unterstützung (plus 14,8 Mio. Fr.)¹, die Kosten für die Pflegefinanzierung (plus 3,9 Mio. Fr.) sowie die Zunahme von 4,9 Millionen Franken bei der PG Volksschule, verursacht durch das stetige Schülerwachstum. Im Weiteren schlagen der öffentliche Verkehr mit einem Plus von 3,5 Millionen Franken und die Subventionen im Kulturbereich mit einem Plus von 1,8 Millionen Franken zu Buche.

Der **Transferertrag** nimmt um 22,6 Millionen Franken ab. Hauptursachen dafür sind einerseits die schon oben erwähnte geänderte Verbuchung der Ablieferung von Stadtwerk und andererseits die neue Regelung in der Verbuchung des Ressourcenausgleichs. Zusammen ergibt das 27,9 Millionen Franken. Zusätzlicher Transferertrag gibt es bei der individuellen Unterstützung, der Spitex und den Alterszentren.

Die **internen Verrechnungen** (Aufwand und Ertrag) erhöhen sich um 13,7 Millionen Franken, weil Stadtwerk neu die Ablieferung von 10,9 Millionen Franken über interne Konti abwickeln muss. Der Rest ist auf eine Vielzahl von Änderungen zurückzuführen.

Der **Fiskalertrag** wird um 13,6 Millionen Franken tiefer veranschlagt als im Budget 2018. Wie schon erwähnt, kann bei den Grundstückgewinnsteuern nicht mehr mit den ausserordentlichen Erträgen der beiden Vorjahre gerechnet werden. Diese sinken um 19 Millionen Franken. Dieser Rückschlag wird durch zusätzliche Steuererträge der natürlichen Personen von 4,6 Millionen

¹ Diesem Anstieg der Bruttokosten stehen zusätzliche Einnahmen beim Transferertrag und den Entgelten entgegen. Vergleiche Detailausführungen im Kapitel 5f.

und jener der juristischen Personen von 0,8 Millionen Franken gelindert. Die restlichen Steuerarten erfahren keine Veränderungen.

Die **Entgelte** steigen um 18,9 Millionen Franken aufgrund zusätzlicher Einnahmen bei der individuellen Unterstützung (plus 9,9 Mio. Fr.), bei Stadtwerk (plus 9,3 Mio. Fr.) und bei Stadtbus (plus 1,1 Mio. Fr.). Der Rest setzt sich aus vielen verschiedenen gegenläufigen Tendenzen mit einem Überhang ins Negative zusammen.

Der **Finanzertrag** nimmt wegen der Finanzimmobilien um 10,4 Millionen Franken zu. Es wird zwar in diesem Budget mit keinen Buchgewinnen durch Verkäufe (minus 4,9 Mio. Fr.) gerechnet; dieser Ausfall wird jedoch wegen der Marktwertanpassungen der Immobilien mit Baurecht (plus 13,9 Mio. Fr.) und höherer Mietzinseinnahmen (plus 1,3 Mio. Fr.) mehr als kompensiert.

4. Stellenplan

Departement	Budget 18	Budget 19	Abweichung	Refinanziert
Kulturelles und Dienste	197.88	208.35	10.47	0.40
In den Städtischen Museen erfolgt aufgrund der Umwandlung der Stellengruppe „91 Übrige“ zu ausserordentlichen Anstellungen im Rahmen der Revision des Personalstatuts und damit der Integration in den ordentlichen Stellenplan ein Aufbau von 4.24 Stellen (keine Veränderung der Personalkosten). Die übrigen Bereiche verzeichnen kleinere Stellenaufstockungen.				
Finanzen	179.51	185.32	5.81	1.00
Der Stellenaufbau von 5.81 Stellen erfolgt mit 4.8 Stellen zum grössten Teil im Bereich der IDW.				
Bau	284.30	287.80	3.50	2.00
Die PG Entsorgung baut eine Stelle, das Amt für Städtebau 2.5 Stellen für Projektleitungen auf.				
Sicherheit und Umwelt	383.93	387.67	3.74	0.00
Aufgrund einer Änderung der kantonalen Rechtsgrundlagen (Feuerwehrverordnung, Vollzugsvorschriften im Feuerwehrwesen) zur Sicherstellung des Schichtmindestbestandes baut der Bereich Schutz und Intervention 3.3 Stellen auf.				
Schule und Sport	489.11	516.62	27.51	8.31
In der Volksschule werden 13.45 Stellen, in der Sonderschulung 6.52 Stellen und im Bereich Familie und Betreuung insgesamt 7.26 Stellen, welche jedoch refinanziert sind, aufgebaut. Einzig die Berufsbildung wird infolge Balance-Massnahmen 1.31 Stellen abbauen.				
Soziales	942.85	954.90	12.05	12.15
Gesamthaft ist der Stellenaufbau im Departement Soziales refinanziert, wobei der grösste Anteil bei den Alterszentren mit 11.05 Stellen anfällt.				
Technische Betriebe	761.83	771.22	9.39	9.49
Während im steuerfinanzierten Bereich bei Stadtgrün ein Stellenabbau von 0.7 verzeichnet wird, bauen die Betriebe, vor allem Stadtbus (Fahrdienst), insgesamt 9.49 Stellen auf.				
Behörden und Stadtkanzlei	16.35	18.90	2.55	0.00
Die Stadtkanzlei baut insgesamt 2.55 Stellen auf.				
Total ganze Stadt	3255.76	3330.78	75.02	33.35

Die detaillierten Begründungen zu den Stellenplanveränderungen sind der Beilage «Übersicht Stellenplanveränderungen» und den Erläuterungen im Budget Teil B zu entnehmen.

5. Grobanalyse Budget 2019

a) Departement Kulturelles und Dienste

Kultur

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Theater Winterthur (PG)	4.35	4.46	3.19	3.11	1.27
Winterthurer Bibliotheken (PG)	7.61	7.79	7.97	7.93	-0.18
Subventionsverträge u. Beiträge an Dritte (PG)	13.30	13.38	15.80	15.67	-2.42
Städtische Kultureinrichtungen (PG)	7.61	7.45	8.64	7.76	-1.19
Total	32.87	33.08	35.60	34.47	-2.51

Verglichen mit dem Vorjahr fällt das Budget 2019 der **Kultur** um 2,5 Millionen Franken höher aus. Bei den **Bibliotheken** ergeben sich leicht höhere Personal- und Sachkosten. Das Budget der **Städtischen Kultureinrichtungen** erhöht sich total um 1,2 Millionen Franken - einerseits durch einmalige Abschreibungen aus der Sanierung der Ruine Mörsburg, andererseits durch höhere Personal- und Sachkosten.

Mit der geplanten Ausgliederung des **Theaters Winterthur** (ab August 2019) werden Kosten aus der PG «Theater Winterthur» in die PG «**Subventionsverträge**» verschoben. Der städtische Beitrag wird in einem Subventionsvertrag geregelt. Der Volksentscheid ist ausstehend.

Dienste

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Personalamt (PG)	2.87	2.93	3.48	3.03	-0.55
Stadtentwicklung (PG)	3.44	3.39	4.01	3.44	-0.62
Rechtspflege (PG)	-0.11	-0.29	0.28	-0.01	-0.57
Total	6.20	6.03	7.77	6.47	-1.74

Bei den Produktgruppen welche unter «Dienste» zusammengefasst werden, steigen die Budgets gegenüber dem Vorjahr. Beim **Personalamt** erhöhen sich die Personalkosten im Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung und dem Ausbau PIAS sowie der Einführung Qualitätsmanagement, Berufsbildungscontrolling und Aufbau des Ausbildungsverbundes in der Beruflichen Grundbildung. Auch die Sachkosten – vor allem im Zusammenhang mit dem neuen Absenzenmanagement – steigen. Ein Teil der Mehrkosten kann über leicht höhere Residualkosteneinnahmen kompensiert werden. Bei der **Stadtentwicklung** führen verschiedene neue Beiträge und städtischen Entwicklungsprojekte zu einer Kostensteigerung gegenüber dem Vorjahr. Auch bei der **Rechtspflege** muss aufgrund der gestiegenen Fallzahlen der Personalbestand erhöht werden. Auf der Einnahmenseite muss zudem die zu optimistische Planung des letzten Budgetjahres an die Realität angepasst werden.

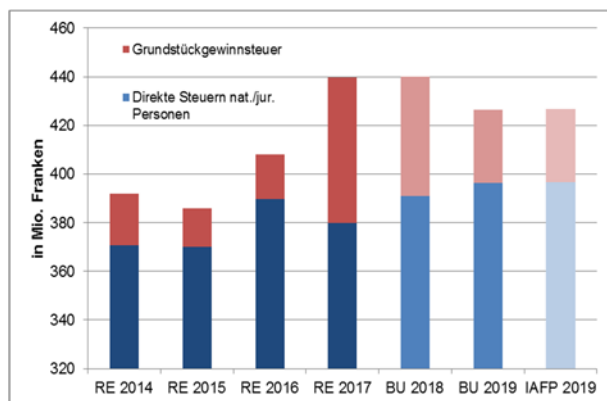
b) Departement Finanzen

Operativer Bereich

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Finanzamt (PG)	2.05	1.95	2.07	1.91	-0.12
Informatikdienste (PG)	-1.96	-0.82	-0.33	0.73	-0.50
Steuerbezug (PG)	2.87	3.23	3.52	3.22	-0.30
Immobilien (PG)	10.00	-2.51	-6.62	-7.78	4.12
Total	12.96	1.84	-1.36	-1.92	3.20

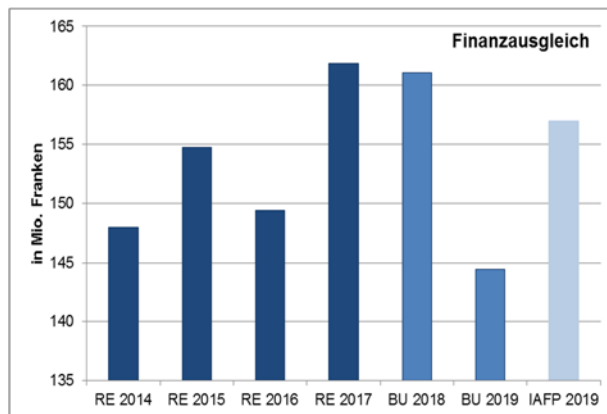
Im operativen Bereich des Departements rechnet das **Finanzamt** mit leichten Mehrkosten durch die Besetzung der Stabstelle Versicherungswesen sowie im Zusammenhang mit dem Update der Finanzsoftware. Weiter muss mit sinkenden Residualkostenerträgen gerechnet werden. Die **Informatikdienste** müssen für den reibungslosen IT-Betrieb zusätzliche Stellen aufbauen, welche nur teilweise an die übrigen Produktgruppen verrechnet werden können. Weiter fallen höhere Lizenzkosten an. In der PG **Steuerbezug** ergeben sich Mehrkosten durch erhöhte Portokosten, Betreibungsgebühren sowie Initialkosten für den Aufbau des Kompetenzzentrums Grundsteuern. Bei der PG **Immobilien** werden 2019 die Baurechte nach HRM2 neu bewertet, was zu einem hohen, einmaligen Ertrag führt (13,9 Mio. Fr.). Da keine Verkäufe geplant sind, werden die Buchgewinne gegenüber dem Vorjahr tiefer ausfallen (4,9 Mio. Fr.).

Steuern



Die Steuereinnahmen sinken gegenüber dem Budget 2018 bei gleichbleibendem Steuerfuss von 122% um rund 13,6 auf 426 Millionen Franken. Während die Steuereinnahmen der direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen leicht steigen, müssen die Erträge aus den Grundsteuern nach den Sondereffekten der Jahre 2017 und 2018 nach unten angepasst werden und pendeln sich voraussichtlich bei einem Wert von ca. 30 Millionen Franken pro Jahr ein.

Finanzausgleich

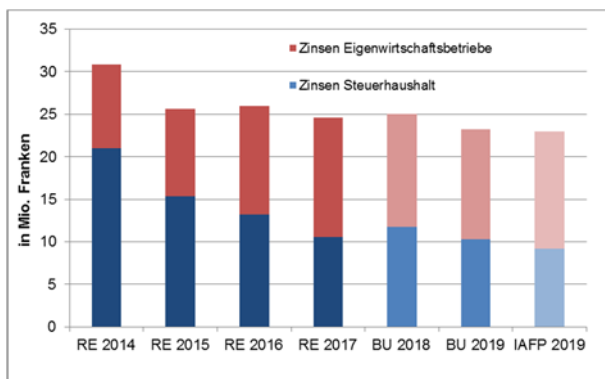


Beim Finanzausgleich wird ab Budget 2019 durch die neue Abgrenzungspraxis jegliche Vergleichbarkeit mit Vorjahreswerten zerstört. Die Details zur neuen Regelung und ihren Auswirkungen sind im Kapitel 2 beschrieben.

Im 2019 beträgt der ausbezahlte Finanzausgleichsbetrag (basierend auf den Zahlen 2017) für Winterthur inkl. Zentrumslastenausgleich gesamthaft rund 200 Millionen Franken. Pro Kopf entspricht dies 1805 Franken, womit sich Winterthur auf Platz 23 der höchsten Bezüger im Kanton einordnet. Der durchschnittliche Zuschuss für die zehn Gemeinden mit den höchsten Bezügen beträgt 2683 Franken pro Person, was knapp 50% mehr ist als derjenige für Winterthur.

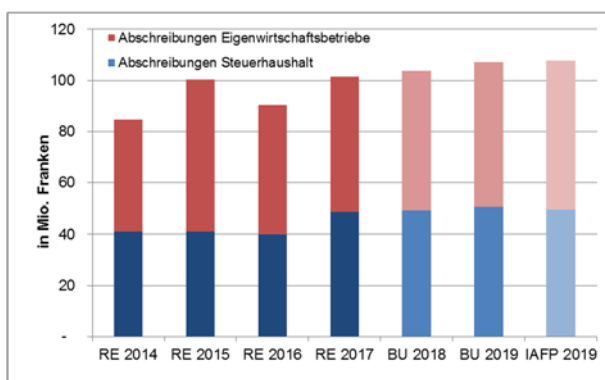
schuss für die zehn Gemeinden mit den höchsten Bezügen beträgt 2683 Franken pro Person, was knapp 50% mehr ist als derjenige für Winterthur.

Zinsen



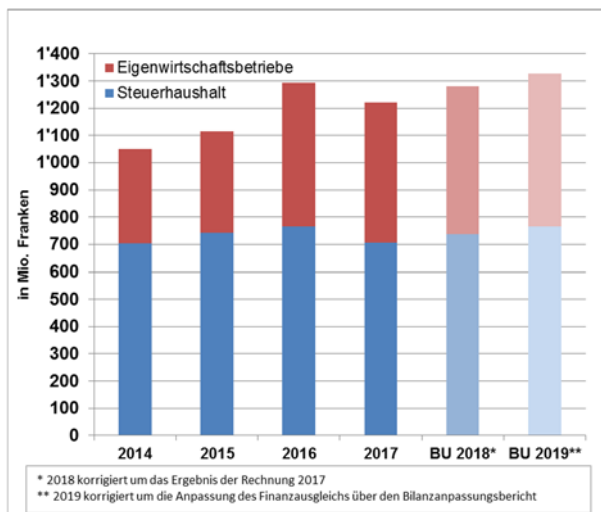
Das anhaltend tiefe Zinsumfeld sowie das aktive Liquiditätsmanagement lassen die Zinsbelastung gegenüber dem Budget 2018 nochmals um 2 auf 23 Millionen Franken sinken. Der interne Zinsfuss bleibt mit 2,25% konstant. Im IAFP 2019 wurde mit einer leicht höheren Entlastung gerechnet, was sich als etwas zu optimistisch erwies.

Abschreibungen



Die Steigerung der Abschreibungskosten von 3,2 Millionen Franken entspricht der Prognose aus dem IAFP. Die Zunahme teilt sich hälftig auf den steuerfinanzierten Bereich und auf die Eigenwirtschaftsbetriebe auf und widerspiegelt die Investitionstätigkeit der Stadtverwaltung. Mit einem Verhältnis von 48% zu 52% sind auch die Gesamtabschreibungen ziemlich genau hälftig zwischen den beiden Bereichen verteilt.

Verschuldung



Sowohl im steuerfinanzierten als auch im eigenwirtschaftlichen Teil der Stadt finanzieren die Abschreibungen und das prognostizierte Ergebnis der Erfolgsrechnung die Neuinvestitionen nicht. In beiden Bereichen entsteht eine Neuverschuldung. Im allgemeinen Haushalt im Umfang von 82,9 Millionen Franken, hauptsächlich aufgrund der hohen Investitionstätigkeit und des budgetierten Aufwandüberschusses von 42 Millionen Franken. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben erhöht sich die Verschuldung um 20,3 Millionen Franken. Erfahrungsgemäss werden die Investitionsbudgets nicht voll ausgeschöpft, so dass die erwartete Zunahme der Verschuldung voraussichtlich nicht erreicht wird. Somit kann festgestellt werden,

dass sich die Verschuldung seit 2016 kaum erhöht hat.

c) Departement Bau

Allgemeiner Haushalt

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Tiefbau (PG)	21.55	19.40	19.35	20.16	0.06
Vermessung (PG)	0.35	0.78	0.85	1.00	-0.07
Baupolizei (PG)	0.79	0.96	1.14	1.14	-0.18
Städtebau (PG)	6.05	6.52	7.00	6.52	-0.48
Total	28.74	27.67	28.34	28.81	-0.67

Die gegenüber dem Vorjahresbudget leicht angestiegenen Kosten beim **Departement Bau** sind dem gestiegenen Investitionsvolumen geschuldet. So erhöhen sich die Personal- und Sachkosten der **PG Städtebau**, um die Ausführung der geplanten Investitionen sicher zu stellen. Die höheren externen Erlöse kompensieren die im IAFP 2019 vorgesehenen Kostensteigerungen der **PG Tiefbau**. Das budgetierte Ergebnis verbessert sich sogar gegenüber dem Vorjahr. Die **PG Vermessung** und die **PG Baupolizei** rechnen aufgrund sinkender Gebühreneinnahmen mit einem leicht schlechteren Ergebnis. Bei ersterer ist der Auslauf eines grösseren Auftrags Grund für den Einnahmenrückgang, bei letzterer eine Verordnungsänderung, die wegen des verlängerten Kontrollturnusses bei Gasfeuerungen zu Mindereinnahmen führt.

Eigenwirtschaftsbetrieb

Betriebsergebnis in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Entsorgung (PG)	-1.16	-1.87	-1.19	-1.65	-0.68
Total	-1.16	-1.87	-1.19	-1.65	-0.68

Aufgrund leichter Kostensteigerungen rechnet die **PG Entsorgung** zwar mit einem um 0,68 Millionen Franken tieferen Betriebsergebnis als im Vorjahr, welches aber mit 1,19 Millionen Franken nach wie vor deutlich positiv ist.

d) Departement Sicherheit und Umwelt

Allgemeiner Haushalt

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Stadtrichteramt (PG)	-0.93	-1.27	-1.14	-1.22	-0.13
Stadtpolizei (PG)	27.66	27.57	28.37	27.89	-0.81
Lebensmittelsinspektorat (PG)	0.24	0.25	0.25	0.25	0.00
Melde- und Zivilstandswesen (PG)	2.36	2.28	2.11	2.13	0.17
Schutz und Intervention Winterthur (PG)	10.53	10.53	10.97	10.98	-0.44
Umwelt - und Gesundheitsschutz (PG)	1.34	1.46	1.83	1.57	-0.37
Total	41.19	40.81	42.39	41.60	-1.57

Das budgetierte Ergebnis des **Departements Sicherheit und Umwelt** verschlechtert sich gegenüber dem Budget 2018 um gerundet 1,6 Millionen und gegenüber dem IAFP 2019 um 0,79 Millionen Franken. Die Differenz zum Vorjahresbudget wird zur Hälfte von der **PG Stadtpolizei** verursacht. So wirkt sich der bereits im IAFP 2019 abgebildete Ausbau der vom Volk bewilligten Stellen mit 0,25 Millionen Franken, steigende Zinsen und Abschreibungen (0,15 Millionen Franken) und die weitere Verzögerung der Anpassung der Parkplatzgebühren (0,34 Millionen Franken) ergebnisverschlechternd aus. Der budgetierte Ertragsüberschuss der **PG Stadtrichteramt** ist leicht tiefer als im Vorjahr, da die Forderungsverluste an die jüngsten

Erfahrungswerte angepasst werden. Bei der **PG Melde- und Zivilstandswesen** verbessert sich das Resultat um 0,17 Millionen Franken, da die Abschreibungen für das NEST-System wegfallen. Die Kostensteigerung bei der **PG Schutz und Intervention** ist auf die bereits im IAFP 2019 vorgesehene Personalaufstockung zur Sicherstellung des Schichtmindestbestandes der Feuerwehr zurückzuführen. Mit der Kantonalisierung des Arbeitsinspektorats entfallen bei der **PG Umwelt- und Gesundheitsschutz** zwar zwei Vollzeitstellen, aber auch Einnahmen in der Höhe von 0,24 Millionen Franken. Da zudem eine zusätzliche Vollzeitstelle bei der betrieblichen Sicherheit geschaffen wird und diverse Projekte umgesetzt werden, steigen die Kosten gegenüber dem Budget 2018 um 0,37 Millionen Franken.

Eigenwirtschaftsbetrieb

Betriebsergebnis in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Betrieb Parkhäuser u. Parkplätze (PG)	-1.62	-1.34	-1.66	7.93	0.32
Total	-1.62	-1.34	-1.66	7.93	0.32

Die im IAFP 2019 geplante Ablieferung der **PG Parkhäuser und Parkplätze** an den Steuergemeinschaften von 9,6 Millionen Franken wird aufgrund fehlender Rechtsgrundlage um ein Jahr verschoben. Deshalb wird mit einem positiven Betriebsergebnis gerechnet, welches sich aufgrund der abgeschlossenen Abschreibung des Parkleitsystems um 0,32 Millionen Franken verbessert.

e) Departement Schule und Sport

Schule

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Volksschule (PG)	180.92	190.64	199.32	196.12	-8.69
Einkauf und Logistik Winterthur (PG)	0.25	-0.17	-0.00	-0.17	-0.17
Sonderschulung (PG)	28.68	31.41	33.84	32.08	-2.42
Familie und Betreuung (PG)	18.50	18.11	19.93	18.20	-1.83
Berufsbildung (PG)	7.98	8.94	8.35	8.86	0.59
Total	236.33	248.93	261.44	255.10	-12.51

Das im IAFP 2019 eingestellte Wachstum von rund 6,2 Millionen Franken deckt den effektiven Kostenanstieg von 12,5 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2018 längst nicht. Es wird in der **PG Volksschule** bei den Löhnen der Lehrpersonen mit einem jährlichen Kostenwachstum von ca. 3% gerechnet (Schülerwachstum, Teuerungsausgleich aufgrund Weisung Bildungsdirektion). Auf das Schuljahr 18/19 werden über 300 zusätzliche Schulkinder unterrichtet, was 16 zusätzlichen Klassen und einem Schulhaus in der Grösse von Neuhegi entspricht.

Der seit Jahren anhaltende Trend der überdurchschnittlichen Kostensteigerungen bei der **PG Sonderschulung** konnte auch auf das Budget 2019 nicht gebrochen werden. Mit dem Projekt Wega (Nachfolgeprojekt von SIRMa) soll die Integration der Kinder gestärkt sowie eine bessere Steuerung der Sonderschulung erreicht werden.

Die bereits im IAFP 2019 angezeigte Kostenreduktion in der **PG Berufsbildung** fiel im Budget 2019 sogar höher aus. Der Globalkredit wird vor allem wegen des Projekts MSW 4.0 um 0,6 Millionen Franken entlastet.

Die **PG Familie und Betreuung** ging im letztjährigen IAFP von konstanten Kosten aus. Aufgrund der aktuellen Prognosen wird künftig mit einem weiteren Anwachsen der Kosten für die Kindertagesstätten (7%) und die schulergänzende Betreuung (2,5-3%) gerechnet. Neben der steigenden Nachfrage nach Plätzen bei den Kitas wachsen auch die Kosten je Platz.

Sport

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Sportamt (PG)	15.56	13.38	13.53	13.43	-0.15
Total	15.56	13.38	13.53	13.43	-0.15

Die bereits im letztjährigen IAFP angezeigte Kostensteigerung musste im Budget 2019 nochmals leicht nach oben korrigiert werden. Neben leicht sinkenden Einnahmen sind höhere Lohnkosten aufgrund fehlender Rotationsgewinne dafür verantwortlich.

f) Departement Soziales

Allgemeiner Haushalt

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (PG)	4.22	3.98	4.03	4.00	-0.05
Sozial- und Erwachsenenhilfe (PG)	19.91	21.30	22.62	23.39	-1.32
Prävention und Suchthilfe (PG)	4.12	4.17	4.55	4.27	-0.38
Individuelle Unterstützung (PG)	115.98	128.74	130.72	133.34	-1.98
Beiträge an Organisationen (PG)	48.32	47.46	51.38	48.68	-3.91
Arbeitsintegration (PG)	1.94	1.86	2.09	1.96	-0.23
Total	194.49	207.51	215.38	215.65	-7.87

Das Nettokostenwachstum im **Sozialdepartement** ist mit 7,9 Millionen um 0,2 Millionen Franken tiefer als im IAFP 2019 prognostiziert. Das Wachstum gegenüber der Rechnung 2017 bleibt mit knapp 21 Millionen Franken immer noch beträchtlich (Rechnung 2017 beinhaltet positive Einmaleffekte, siehe dazu Ausführungen auf der nächsten Seite zur Entwicklung der Soziallasten ab 2013).

Bei der **KESB** bleibt der Nettoaufwand gegenüber dem letztjährigen Budget fast konstant. Die leichte Kostensteigerung ist auf höhere Ausgaben für unentgeltliche Rechtsvertretung, Debitorenverluste und Zusatzkosten für die Archivlösung zurückzuführen.

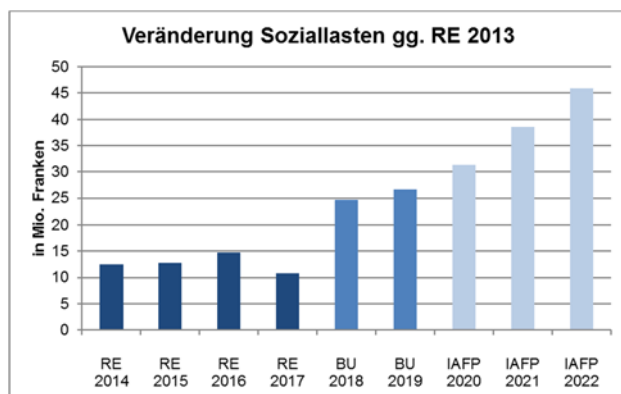
Wegen der Senkung der Falllast auf 75 Fälle pro Stelle steigt der Personalbestand bei der **PG Sozial- und Erwachsenenhilfe** um 4,7 Stellen. Zudem werden für die im 2018 zusätzlich angestellten Personen die gesamten Lohnkosten fällig. Zusammen mit einer Stelle im BBD und den Zusatzleistungen zur Bewältigung der steigenden Fallzahlen ergeben sich in diesem Bereich Mehrkosten von 1,3 Millionen Franken. Organisatorisch wurden in dieser PG 8 Stellen für den 24 Stundennotfallbetrieb in den Asylunterkünften geführt. Finanziell waren diese aber bei der individuellen Unterstützung angefallen. Leicht höhere Abschreibungen werden durch Einsparungen in den Sachkosten kompensiert. Da die Gemeinden des Bezirks Winterthur die Asylbetreuung nicht mehr von der Stadt Winterthur ausführen lassen werden, sinkt der Ertrag. Der Effekt kann jedoch vollständig über weniger Aufwand in diesem Bereich aufgefangen werden.

Der Globalkredit der **PG Prävention und Suchthilfe** steigt um rund 0,4 Millionen Franken. Mit dem Stellenaufbau im Bereich der Wohnbegleitung sollen Mieterinnen und Mieter der Wohnhilfe stärker unterstützt werden, eigenen Wohnraum zu finden. Ziel ist es, die Sozialhilfe zu entlasten. Mindereinnahmen ergeben sich durch die Abschaffung des Staatsbeitrags an die Heroinbehandlung und die Reduktion der Methadonpauschale durch die Krankenkassen.

Bei der **PG Individuelle Unterstützung** wird mit einem Nettokostenanstieg von rund 2 Millionen Franken gerechnet. Dies ist in der stärkeren finanziellen Belastung der Gemeinden bei der Asylvorsorge begründet.

- Die Nettokosten in der **Sozialhilfe** sinken im Vergleich zum Budget 2018 um rund 850 000 Franken. Folgende Faktoren führen dazu: Das etwas schwächere Wachstum in den grossen Aufwandspositionen Grundsicherung und Wohnkosten dämpfte den Anstieg der Sozialhilfekosten. Aufgrund der personellen Verstärkung der Fachstelle Junge Erwachsene (FJE) sowie der zusätzlichen Ressourcen für Mietzinsabklärungen/Bewerbungscoaching Wohnen wird das Kostenwachstum gedämpft. Zusätzlich reduziert sich das Budget aufgrund der Reduktion der Falllast auf 75 Fälle/Stelle in der Langzeitfallführung.
- Das Wachstum der Nettokosten in den **Zusatzleistungen zur AHV/IV** stagnierte in den letzten beiden Jahren. Es wurde insbesondere ein Rückgang bei den Aufwänden für Personen mit einer Beeinträchtigung beobachtet; ob dies ein einmaliger Effekt oder ein Trend ist, lässt sich noch nicht beurteilen. Gegenüber dem Budget 2018 wird mit einem Rückgang um 0,3 Millionen Franken gerechnet.
- Für die Gruppe der vorläufig aufgenommenen Asylbewerber/innen mit weniger als 7 Jahren Aufenthalt in der Schweiz entfällt die volle Aufwandfinanzierung durch den Kanton. Stattdessen sind alle Kosten (ausser medizinische Kosten) über die Tagespauschale von 36 Franken zu finanzieren. Damit werden vor allem die Kosten für die Unterbringung und die Integration nicht mehr vollständig abgedeckt. Für Asylbewerber mit 8-10 Jahren Aufenthalt entfällt sogar jegliche Refinanzierung. Gesamthaft erhöht sich das Budget der **Asylfürsorge** um 3,1 Millionen Franken.
- In den Bereichen Krankenkassenwesen und Alimentenbevorschussung ergibt sich keine Veränderung gegenüber dem letztjährigen Budget.

Gegenüber dem IAFP 2019 fällt der Globalkredit 2019 erfreulicherweise um 2,6 Millionen Franken tiefer aus.



Im Vergleich zur Rechnung 2013 (Basisjahr der Grafik) zeichnet sich bei der Sozialhilfe im Budget 2019 ein Kostenwachstum von netto 21 Millionen Franken ab, welches sich bis ins Jahr 2022 voraussichtlich sogar auf knapp 41 Millionen Franken erhöhen wird, was rund 7 bzw. 14 Steuerprozenten entspricht.

Der flache Verlauf der Kurve von 2014 bis 2017 ist wie folgt begründet: In der Rechnung 2014 lagen die Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) bei 7,5 Millionen Franken, welche

stufenweise bis 2017 vollständig abgebaut wurden. Da die Rechtsgrundlage betreffend Versorgertaxen für die Kinderheime noch nicht abschliessend geklärt war, entfielen im Jahr 2016/17 Zahlungen an den Kanton in der Höhe von rund 3 Millionen Franken. Zusätzlich blieben entgegen der Prognose die Zusatzleistungen für die AHV/IV stabil. Insgesamt ergab dies eine Entlastung von rund 12 Millionen Franken, welche das Wachstum der Sozialhilfe fast kompensierte.

Aufgrund der Gesetzesvorlage zur Heimfinanzierung (Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge) müssen die Gemeinden die Versorgertaxen ab 2018 wieder übernehmen². Sodann wird mit einer Zunahme der Zusatzleistungen für die AHV/IV gerechnet. Aus diesen Gründen steigen die Soziallasten ab dem Budget 2018 im «gewohnten» Rahmen, es sei denn, im Kanton könnte zeitnah eine faire Finanzierung dieser Aufwände eingeführt werden.

² Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung vom 24. September 2017 angenommen.

Bei der **PG Beiträge an Organisationen** steigt der Globalkredit mit 3,9 Millionen Franken signifikant stärker an, als im IAFP 2019 erwartet wurde. Während die übrigen Teilbereiche nur minimale Kostensteigerungen ausweisen, steigen die Kosten für die Pflegefinanzierung um 3,8 Millionen Franken. Davon entfallen 2,6 Millionen Franken auf die stationäre Langzeitversorgung, wobei neben dem Wachstum der Pflegetage auch die Kostenübernahme der MiGeL-Produkte stark zu Buche schlägt. Bei der ambulanten Langzeitversorgung beträgt die Kostensteigerung aus denselben Gründen rund 1,1 Millionen Franken.

In der **PG Arbeitsintegration** erhöht sich der Personalaufwand aufgrund gestiegener Klientenzahlen im Programm Passage. Zusätzlich fallen Mehrkosten für eine Reorganisation und die Professionalisierung der Software zur Rechnungsstellung an. Die im in den sozialen Diensten neutrale Anpassung des Umlageschlüssels von Bereichsaufwänden führt zu einer Mehrbelastung in dieser Produktgruppe. Der Globalkredit dieser PG erhöht sich damit um 225 000 Franken.

Eigenwirtschaftsbetriebe

Betriebsergebnis in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Spitex (PG)	-0.84	-0.44	-0.74	-0.44	0.30
Alterszentren (PG)	-2.10	-0.60	-1.74	-0.80	1.14
Total	-2.94	-1.04	-2.48	-1.24	1.44

Die Finanzierung der **Spitex** erfolgt über die Krankenkassen, die Klientel sowie die Gemeinde. Der gesamte Aufwand liegt im Rahmen des Vorjahres. Wegen Ertragssteigerungen erhöht sich die Einlage in die Betriebsreserve um 300 000 auf 741 665 Franken.

Die Finanzierung der **Alterszentren** erfolgt über die Krankenkassen, die Bewohnenden und die Gemeinde (Pflegekosten). Im Budget 2019 wird von einer Steigerung der Auslastung im Langzeit- sowie Temporär-Angebot ausgegangen.

g) Departement Technische Betriebe

Eigenwirtschaftsbetriebe

Betriebsergebnis in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Stadtwerk Winterthur (PG)	-29.33	-10.60	-18.89	-8.59	8.29
Stadtbus Winterthur (PG)	-0.25	0.04	0.03	0.04	0.01
Total	-29.58	-10.56	-18.86	-8.55	8.30

Das Budget der **PG Stadtwerk** bleibt Aufwandseitig relativ konstant. Die Abweichung ist auf die höhere Einlage in die Betriebsreserve zurückzuführen. Der Umsatz verbessert sich vor allem durch den erfolgreichen Abschluss eines Energieliefervertrages mit einem Grosskunden sowie Absatzsteigerungen bei der Fernwärme und Telekom. Zudem wächst der Umsatz wegen der vom Stadtrat beschlossenen Erhöhung der Abwassergebühr. Gesamthaft wird Stadtwerk der steuerfinanzierten Stadt im Budgetjahr 2019 eine finanzielle Vergütung in Höhe von 10,9 Millionen Franken abliefern.

Der vom ZVV finanzierte Aufwand bei der **PG Stadtbus** steigt um 1,4 Millionen bzw. um 2,5% auf maximal 56 Millionen Franken. Die Aufwandsteigerung ist begründet durch den vom ZVV bestellten Angebotsausbau per Dezember 2018.

Allgemeiner Haushalt

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
FinöV Stadt (PG)	14.76	15.11	18.64	21.15	-3.53
Stadtgrün Winterthur (PG)	11.70	14.30	13.46	12.02	0.84
Total	26.45	29.41	32.10	33.17	-2.69

Der **Beitrag an den öffentlichen Verkehr (FinöV)** ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hauptgrund ist die ab Budget 2019 von der Stadt Winterthur zu leistende Zahlung an den Bahninfrastrukturfonds (BIF) von 3,2 Millionen Franken. Im Weiteren erhöht sich der erwartete Beitrag an die Kostendeckung des ZVV um 0,4 Millionen Franken.

Die **PG Stadtgrün** verzeichnet einen Rückgang des Globalkredits um rund 800 000 Franken. Zwar musste die Einmalabschreibung für die Sanierung der Ruine Wülflingen vom Vorjahresbudget auf das Budget 2019 verschoben werden; da aber erst jetzt eine Unterstützung von einer Million Franken aus dem kantonalen Denkmalpflegefonds bekannt wurde, sinkt die Höhe der Einmalabschreibung, was den Globalkredit entlastet.

h) Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Stadtkanzlei (PG)	6.91	8.88	9.81	9.25	-0.92
Total	6.91	8.88	9.81	9.25	-0.92

Das Globalbudget 2019 der **PG Stadtkanzlei** steigt mit 0,92 Millionen um 0,56 Millionen Franken stärker an, als im IAFP 2019 prognostiziert. Im IAFP 2019 waren die zwei Proporzahlen berücksichtigt. Hinzu kommen die Mehrkosten für Personal und Räumlichkeiten für die erst kürzlich beschlossene Trennung der Parlamentsdienste von der Stadtkanzlei. Auch die erhöhte Betreuung des gesamtstädtischen Inter- und Intranets und des Records Managements verursachen Mehrkosten, welche im IAFP19 nicht vorgesehen waren. Die Aufhebung des Lohnverzehrs der Stadtratsmitglieder führt zu weiteren Mehrkosten. Ein Teil wird durch höhere Residualkosten und die Mandatsentschädigungen des Stadtrates aufgefangen. Sodann sind für die Anschubfinanzierung von Smart City Vorhaben wiederum 200 000 Franken vorgesehen³. Damit diese Kosten den für die Umsetzung zuständigen Produktgruppen belastet werden können, soll die Finanzierung ab 2019 über den Kompetenzkredit des Stadtrates für neue einmalige Ausgaben erfolgen, weshalb dieser auf 1,2 Millionen Franken erhöht wurde.

Behörden

in Mio. Franken	RE 2017	BU 2018	BU 2019	IAFP 2019	Δ BU18/BU19
Finanzkontrolle (PG)	0.81	0.97	0.97	0.93	-0.00
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle (PG)	0.28	0.30	0.31	0.30	-0.01
Total	1.09	1.26	1.27	1.23	-0.01

Der Aufwand der **PG Finanzkontrolle** bleibt konstant. Mehrkosten beim Personal können über höhere Residualkosten kompensiert werden. Die im letzten IAFP prognostizierte Einsparung wird nicht realisiert.

Bei der **PG Ombuds- und Datenaufsichtsstelle** steigt der Globalkredit aufgrund leicht höherer Mietkosten um 8000 Franken. Die im IAFP erwartete Einsparung wird nicht umgesetzt.

³ Im Budget 2018 wurde dieser Betrag bei der PG städtische Allgemeinkosten budgetiert.

6. Integrierter Aufgaben – und Finanzplan (IAFP)

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist ein Planungsinstrument, welches über die Annahmen der finanziellen Entwicklung und der Aufgabenerfüllung über die nächsten vier Jahre Auskunft gibt. Dem IAFP liegen zum einen makroökonomische Betrachtungen sowie die Eingaben der einzelnen Produktgruppen zugrunde. Im Fokus stehen dabei – insbesondere was den längerfristigen Planungshorizont betrifft – in erster Linie die Entwicklungen der Bereiche Bildung, soziale Wohlfahrt, Gesundheit sowie die Steuererträge.

Rechnung 2017 CHF	Budget 2018 CHF	Nr.	Bezeichnung	Budget 2019 CHF	Plan 2020 TCHF	Plan 2021 TCHF	Plan 2022 TCHF
Stadt Winterthur							
1 607 368 947	1 580 534 940		Aufwand	1 646 329 376	1 694 725	1 712 591	1 744 419
244 559 904	242 229 747		interne Verrechnungen	255 906 568	268 007	261 371	261 939
1 362 809 043	1 338 305 193		bereinigter Aufwand	1 390 422 808	1 426 717	1 451 220	1 482 480
1 663 854 584	1 596 414 918		Ertrag	1 604 039 109	1 684 232	1 752 858	1 719 574
244 559 904	242 229 747		interne Verrechnungen	255 906 568	268 007	261 371	261 939
1 419 294 680	1 354 185 171		bereinigter Ertrag	1 348 132 541	1 416 225	1 491 487	1 457 635
56 485 637	15 879 978		Ergebnis	42 290 267	10 492	40 268	24 845
(Gewinn)	(Gewinn)			(Verlust)	(Verlust)	(Gewinn)	(Verlust)
412 565 331	440 109 631	30	Personalaufwand	453 039 832	455 466	457 440	459 089
280 820 296	243 750 862	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	244 758 885	243 322	243 943	245 160
101 475 297	103 786 124	33	Planmässige Abschreibungen Sachanlagen	107 013 047	113 806	114 810	120 749
38 707 412	31 475 650	34	Finanzaufwand	36 267 650	37 898	38 718	37 018
47 214 801	22 721 143	35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	31 901 485	30 243	27 808	26 741
478 954 014	496 097 782	36	Transferaufwand	517 249 910	545 791	568 309	593 531
2 425 030	364 000	37	Durchlaufende Beiträge	192 000	192	192	192
646 863	-	38	Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-	-
244 559 904	242 229 747	39	Interne Verrechnungen	255 906 568	268 007	261 371	261 939
440 284 068	440 475 000	40	Fiskalertrag	426 853 000	431 953	433 753	429 653
1 322 088	1 196 000	41	Regalien und Konzessionen	1 294 600	1 295	1 295	1 295
586 022 059	527 585 937	42	Entgelte	546 476 787	555 296	562 402	570 785
15 249 143	15 190 897	43	Verschiedene Erträge	15 775 192	15 759	15 696	15 711
37 111 468	33 537 676	44	Finanzertrag	43 918 280	65 368	53 068	29 767
11 753 886	7 321 431	45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	7 939 274	14 974	5 577	5 189
324 373 703	328 257 230	46	Transferertrag	305 683 409	331 389	419 505	405 042
2 425 030	364 000	47	Durchlaufende Beiträge	192 000	192	192	192
753 235	257 000	48	Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-	-
244 559 904	242 229 747	49	Interne Verrechnungen	255 906 568	268 007	261 371	261 939

Generelle konjunkturelle Entwicklungen

Für die Stadt sind positive Entwicklungen bei den Steuern und dem Finanzausgleich wichtige Eckpunkte, weil dadurch nicht nur ein positives Wachstum bei den Einnahmen hervorgerufen wird, sondern dies im besten Fall auch bremsend auf das Wachstum der Soziallasten wirkt. Dafür sind eine gute Konjunkturlage der wichtigsten Handelspartner der Schweiz sowie adäquate Wechselkurse gegenüber dem Schweizer Franken entscheidend. Diese Punkte wurden Ende Juni vom Staatssekretariat der Wirtschaft (Seco) unter dem Titel **«Aufschwung intakt trotz Risiken»** wie folgt eingeschätzt:

«Die Expertengruppe hält an ihrer bisherigen Einschätzung fest und prognostiziert für 2018 ein kräftiges BIP-Wachstum von 2,4 %. Zum einen kurbeln die robuste Weltkonjunktur und die günstige Wechselkursentwicklung die Nachfrage nach Schweizer Produkten an. Zum anderen kommen auch von der Binnenwirtschaft zunehmend Wachstumsimpulse. Für 2019 erwartet die Expertengruppe, dass die stützende Wirkung der Auslandskonjunktur allmählich nachlässt. Das BIP-Wachstum der Schweiz dürfte 2019 noch bei soliden 2,0 % liegen.»

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einem zunehmend breit abgestützten Aufschwung. Die Industrieunternehmen schauen weiterhin zuversichtlich in die Zukunft und erwarten auch mit Blick auf das Auslandsgeschäft eine solide Entwicklung. Zudem mehren sich seit Jahresbeginn die positiven Nachrichten vonseiten der Binnenwirtschaft. In den inlandorientierten Dienstleistungsbranchen wächst die Wertschöpfung wieder deutlich, der Arbeitsmarkt setzt seine Erholung fort, die Stimmungslage insgesamt ist sehr gut. Die Expertengruppe geht davon aus, dass sich der Aufschwung in naher Zukunft ähnlich schwungvoll fortsetzt. Wie bisher prognostiziert sie für 2018 ein kräftiges BIP-Wachstum von 2,4 %.

Die Exportwirtschaft bleibt im Prognosezeitraum eine wichtige Wachstumsstütze. Nach einer Verschnaufpause zu Jahresbeginn dürfte die Weltwirtschaft wieder an Tempo gewinnen. Insbesondere stellen sich die Aussichten für die USA noch etwas positiver dar als in der letzten Prognose unterstellt; auch in den übrigen wichtigen Wirtschaftsräumen präsentiert sich die Konjunktur in guter Verfassung. Damit wird international die Nachfrage nach Schweizer Produkten angekurbelt. Zusätzlich trägt der im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahren schwächere Kurs des Schweizerfrankens zum Exportwachstum bei. Konjunktur- und wechsellkursensitive Exporte, wie etwa Maschinen und Metalle oder Tourismusdienste, dürften sich daher robust entwickeln.

Auch die binnenwirtschaftlichen Kräfte stützen die Konjunktur in den kommenden Quartalen. Zwar sprechen die steigenden Leerwohnungsbestände weiterhin dafür, dass sich die Bautätigkeit auf hohem Niveau konsolidiert. Hingegen ist im Bereich der Ausrüstungen von einer regen Investitionstätigkeit der Unternehmen auszugehen: Die Produktionskapazitäten sind stark ausgelastet, die Auftragsbücher gut gefüllt und die Finanzierungsbedingungen günstig. Gleichzeitig dürften die Unternehmen ihre Personalbestände aufstocken. Die Expertengruppe geht davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt etwas deutlicher erholt als bei der letzten Prognose erwartet. Die Beschäftigung dürfte in den kommenden Quartalen erneut spürbar wachsen (+1,5 % im Jahr 2018), die Arbeitslosenquote weiter zurückgehen (auf 2,6 % im Jahresdurchschnitt 2018)⁴. Die positive Arbeitsmarktdynamik wird auch den privaten Konsum stützen. Allerdings dürften die Reallöhne in naher Zukunft nur verhalten wachsen, gedrückt durch die anziehende Teuerung. Diese sollte 2018 vor dem Hintergrund stark angestiegener Erdöl- und Importpreise bei jahresdurchschnittlichen 1,0 % zu liegen kommen.

Für die zweite Hälfte des Prognosezeitraums 2018/2019 erwartet die Expertengruppe, dass sich der Gang der Weltwirtschaft nach einer Periode starken Wachstums allmählich wieder normalisiert. Damit fallen die aussenwirtschaftlichen Impulse geringer aus, und das Wirtschaftswachstum der Schweiz flacht ab, wenn auch auf hohem Niveau. Für 2019 prognostiziert die Expertengruppe eine solide BIP-Wachstumsrate von 2,0 %. Damit einhergehen dürften eine weitere Ausweitung der Beschäftigung (+1,0 %) sowie ein zusätzlicher Rückgang der Arbeitslosenquote auf jahresdurchschnittliche 2,5 %. Aufgrund der auslaufenden Effekte des Ölpreisanstiegs und der graduell nachlassenden Konjunkturdynamik sollte die Teuerung mit 0,8 % im Jahresdurchschnitt 2019 moderat ausfallen.

Konjunkturrisiken

Gegenüber der letzten Prognose haben sich einige weltwirtschaftliche Risiken erhöht. Der Handelsstreit zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern hat mit Inkrafttreten der US-amerikanischen Zölle auf Stahl- und Aluminiemeinfuhren u.a. aus der EU eine neue Eskalationsstufe erreicht. Sollte es hier zu einer weiteren Zuspitzung bis hin zu einem Handelskrieg

⁴ Im März 2018 wurde bei den RAV ein neues Erfassungssystem eingeführt. Die Umstellung hat zu einem stärkeren Rückgang der Arbeitslosenquote geführt als konjunkturell erklärt werden kann. Die Prognose basiert auf diesem neuen, tieferen Niveau der Arbeitslosenquote und fällt daher wesentlich tiefer aus als die Prognose von März (neu: 2,6 % 2018 und 2,5 % 2019, bisher: 2,9 % 2018 und 2,8 % 2019).

zwischen den grossen Wirtschaftsräumen kommen, wäre mittelfristig mit erheblichen bremsenden Effekten für den Welthandel, die Schweizer Exporte und letzten Endes das Wirtschaftswachstum der Schweiz zu rechnen.

Ebenfalls gestiegen ist die politische Unsicherheit in Italien. Zwar bekräftigte die neugewählte Regierung zuletzt, die Währungsunion nicht verlassen zu wollen. Jedoch führt das Regierungsprogramm, das u.a. expansive fiskalpolitische Massnahmen vorsieht und somit eine Verschlechterung der Haushaltslage impliziert, zu grosser Verunsicherung. Sollte sich die Lage massiv zuspitzen, könnte es zu Finanzmarkturbulenzen kommen. Der Schweizerfranken könnte unter deutlichen Aufwertungsdruck geraten, mit entsprechenden realwirtschaftlichen Folgen auf die Schweizer Konjunktur.

Unverändert gegenüber der letzten Prognose besteht im Inland ausserdem das Risiko einer stärkeren Korrektur der Bauwirtschaft als prognostiziert. Andererseits könnte die Binnendynamik im Zuge der besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt und der hohen Investitionstätigkeit stärker ausfallen.»

Die letztjährige Seco-Prognose der Steigerung des BIP für 2018 war um 0,5% zu tief und wird neu mit hohen 2,4% angegeben. Für die Zukunft wird mit einem leichten Nachgeben auf 1,9 % gerechnet. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war um 0,5% höher als die Prognose des Seco und liegt noch bei 2,6% für das Jahr 2017. Für die Zukunft wird nochmals mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote auf 2,5% gerechnet. Bei der Teuerung lag das Seco mit 0,8% zu tief. Diese beträgt nun 1% für 2018. Da sowohl die Steigerung für das BIP und der Rückgang der Arbeitslosigkeit zu tief angegeben wurden, ist die logische Folge, dass die Teuerung höher ausfiel. Allerdings soll die Teuerung für das nächste Jahr auf 0,8% zurückgehen. Für die nachfolgenden Jahre gibt es keine Angaben, wobei mit keinen Raten von über 1% gerechnet werden muss. Grundsätzlich wird aus monetären Überlegungen eine Teuerung bis zu 2% als erwünscht betrachtet.

Entwicklungen Bund und Kanton

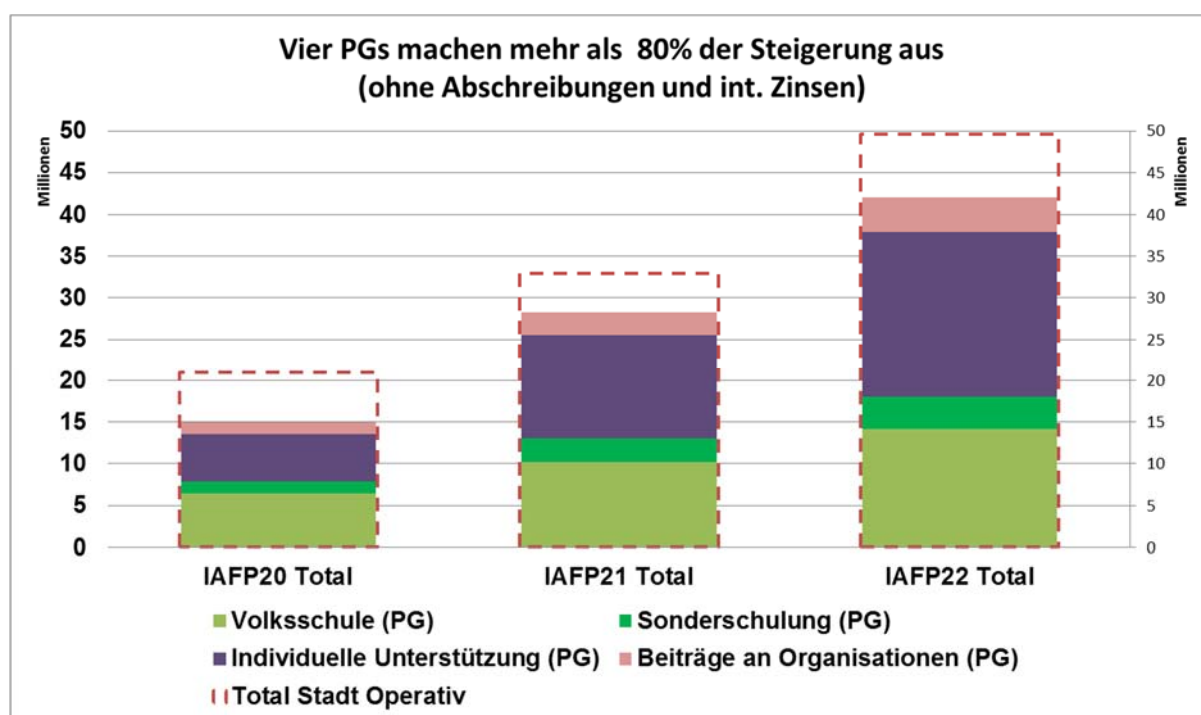
Für den Winterthurer Finanzbedarf sind auch kantonale und eidgenössische Entwicklungen im Steuerrecht und im innerkantonalen Lastenausgleich massgebend. Im Kanton Zürich wird die innerkantonale Verlustverrechnung bei den Grundstückgewinnsteuern für juristische Personen per 1. Januar 2019 eingeführt, was Einbussen von circa 5% zur Folge hat. Das Sparprogramm «Leistungsüberprüfung 16 (Lü16)» verursacht weitere Einbussen respektive Kostenverlagerungen zu Lasten der Gemeinden. Allerdings wurden mittlerweile einige Vorhaben wegen der langen Beratungszeit im Kantonsrat verschoben und werden eventuell gar nicht umgesetzt: Kommunalisierung der Löhne für die Schulleitungen (Kostenfolge 1,5 Mio. Fr.) und die Senkung der Ausgleichsgrenze um 1% auf 94% für Zuschussgemeinden (Kostenfolge mindestens 5 Mio. Fr.). Die «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)» des Bundes, welche aufgrund der abgelehnten «Unternehmenssteuerreform III (USR III)» ausgearbeitet wurde, wird sich voraussichtlich ab 2022 erheblich auf den Steuerertrag der Stadt auswirken. Es wird angenommen, dass durch die mögliche Senkung des Gewinnsteuersatzes für juristische Personen von 8 auf 6 % im Rahmen der kantonalen Umsetzungsvorlage rund 20 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen werden. Eine erste Tranche im Umfang von rund 10 Millionen Franken wird im Jahr 2022 erwartet, die zweite Tranche von weiteren 10 Millionen Franken wird voraussichtlich erst ab 2025 wirksam werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Einbussen zumindest mittelfristig nicht kompensiert werden können.

Innerkantonale erhöht sich die ungleiche Verteilung der Soziallasten weiterhin und wird zu einem immer grösseren politischen Problem für die Gemeinden. Während der Anstieg über den ganzen Kanton gesehen in jüngster Vergangenheit leicht sank, werden einige Gemeinden – Winterthur miteingeschlossen – von einem überproportionalen Anstieg dieser Kosten förmlich überrollt. Im IAFP wurde nun der geforderte Soziallastenausgleich von 35 auf 42 Millionen Franken

erhöht. Die Stadt Winterthur beteiligt sich deshalb aktiv an der Ausarbeitung einer neuen kantonalen gesetzlichen Grundlage. So sind unter anderem verschiedene Mitglieder des Stadtrates in entsprechenden kantonalen Arbeits- und Fachgruppen tätig. Wichtig ist dem Stadtrat die Vernetzung mit anderen Gemeinwesen, welche vor der gleichen Herausforderung stehen sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern des Kantonsrates, welche letztlich über die neue gesetzliche Regelung, welche nicht zwingend im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes erfolgen muss, befinden werden. Um die verschiedenen Aktivitäten der Stadt zu koordinieren, wird die Stadt eine Task-Force einsetzen.

Städtische Entwicklungen

Auf der Ausgabenseite bleiben die Steigerung der Soziallasten und das grosse Wachstum der Anzahl Schulkinder ein finanzieller Dauerbrenner. Aber auch die Finanzierung der Langzeitpflege schlägt immer mehr zu Buche. Weil die Taxen für die Bewohnenden und die Kostenübernahme durch die Krankenkassen gesetzlich limitiert sind, gehen die Mehraufwände praktisch zu 100 Prozent zulasten der Gemeinden. Die Produktgruppen, in welchen diese Ausgabenpositionen abgebildet werden, machen mittelfristig über 80 Prozent der Steigerung der gesamten operativen Kosten der Stadt (inklusive Beiträge an Dritte) in den Planjahren aus.



Das Kostenwachstum im **Schulbereich** wird durch das Schülerwachstum von jährlich rund drei Prozent und den damit einhergehenden Mehrkosten bei den Löhnen der Lehrpersonen, Schulmaterial, Sonderschulkosten sowie Reinigung, Wartung und Reparaturen der Unterrichtsstätten verursacht. Die Zunahme der Investitionsfolgekosten ist ebenfalls ein Kostentreiber. Durch den ab 2020 in die Planung eingestellten kommunalen Ausgleich der altersbedingten Mehrferien bei den kantonalen Lehrpersonen wird dieser Bereich zusätzlich belastet.

Gegenüber dem IAFP des Vorjahres musste die Wachstumsprognose stark nach oben korrigiert werden; vor allem bezüglich Personalkosten/Lehrerlöhnen.

Bei der **Sozialen Wohlfahrt** wird mit einem anhaltenden Wachstum (fall- und kostenmässig) in der Sozialhilfe, den Zusatzleistungen sowie der Alimentenbevorschussung gerechnet. Auch die Pflegefinanzierung wird sich voraussichtlich mit den heutigen Wachstumsraten fortsetzen.

Im IAFP des Vorjahres wurde die Kostensteigerung dieser Positionen etwas tiefer eingeschätzt, weshalb eine geringe Anpassung nach oben erfolgte.

Neben den operativen Positionen sind folgende Faktoren massgeblich an der IAFP-Entwicklung beteiligt:

		---	--	-	+	++	+++
		15+ Mio.	5-15 Mio.	0-5 Mio.	0-5 Mio.	5-15 Mio.	15+ Mio.
Finanzausgleich inkl. Abgrenzungen	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Ord. Steuerertrag	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Grundstückgewinnsteuer	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Bewertung Finanzvermögen	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Zinsentwicklung	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Ertrag Parkhäuser & -plätze	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						
Ausgleich Soziallasten	IAFP20						
	IAFP21						
	IAFP22						

Die Veränderungen in dieser Grafik beziehen sich immer auf das Budgetjahr 2019, welches das Basisjahr dieser Grafik darstellt.

Der **Finanzausgleich** für die Planjahre wird hauptsächlich durch die neue Abgrenzungspraxis beeinflusst (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2). Ohne die Abgrenzungsbuchungen (Bildung und Auflösung der Abgrenzungen) würde sich der Finanzausgleich basierend auf der Steuerschätzung der Stadt bzw. des Kantons im ersten Planjahr um ca. 10 Millionen Franken reduzieren und sich dann konstant auf diesem Niveau halten. Durch die Abgrenzungsbuchungen ergeben sich jedoch willkürliche Schwankungen von bis zu 60 Millionen Franken in den IAFP Jahren.

Im letztjährigen IAFP wurde mit jeweils leicht tieferen Ausgleichszahlungen gerechnet, weil davon ausgegangen wurde, dass der Kanton die Ausgleichsgrenze von 95% auf 94% senkt, was bis jetzt nicht eingetroffen ist.

Im IAFP Zeitraum steigen die **ordentlichen Steuereinnahmen** parallel zum prognostizierten Bevölkerungswachstum; ab 2022 wird das Wachstum jedoch gebremst durch den erwarteten Einbruch der Steuererträge der juristischen Personen aufgrund der kantonalen Umsetzungsvorlage zur «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)». Sie liegen gesamthaft im 2022 aber immer noch über dem Budgetjahr 2019.

Im letztjährigen IAFP wurde die Auswirkung der «Steuervorlage 17» ab Geschäftsjahr 2021 abgebildet.

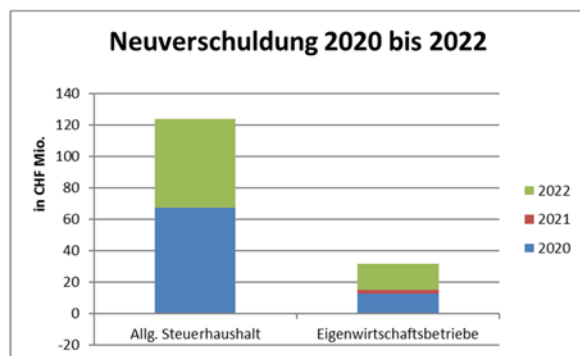
Die **Grundstückgewinnsteuern** haben 2017 und 2018 einen stark erhöhten Ertrag erzielt. Über die IAFP Jahre wird dieser wieder auf das durchschnittliche Niveau der letzten Jahre zurückgehen. Zusätzlich wird sich die Steuergesetzänderung betreffend die innerkantonale Verrechnung von Geschäftsverlusten negativ auf die Grundstückgewinnsteuern auswirken.

Im letztjährigen IAFP wurde mit einem schnelleren Rückgang der Grundstückgewinnsteuern gerechnet.

Die neue Gemeindeverordnung gibt vor, dass für die periodische **Neubewertung des Finanzvermögens** ein marktüblicher Kapitalisierungszinssatz anzuwenden ist. Dessen Festsetzung liegt in der Zuständigkeit der Gemeindeexekutive. Der Stadtrat hat die Kapitalisierungszinssätze für die einzelnen Immobilienkategorien per 1.1.2019 festgelegt und eine gestaffelte Neubewertung nach Kategorien beschlossen. Diese erfolgt erstmals in den Jahren 2019 bis 2021, was diese Jahre aufgrund des stark veränderten Kapitalisierungszinssatzes mit positiven Einmaleffekten beeinflusst. 2022 entfällt dieser Sondereffekt.

Im IAFP des Vorjahres konnte erst die damals bereits bekannten Vorgaben für die Neubewertung der Baurechte für 2019 berücksichtigt werden.

Bei den externen **Zinszahlungen** rechnet die Stadt mit weiterhin moderaten Zinsen auf den Finanzmärkten. Gegenüber der letztjährigen Planung erhöht sich das zu verzinsende Kapital jedoch aufgrund der erhöhten Investitionstätigkeit



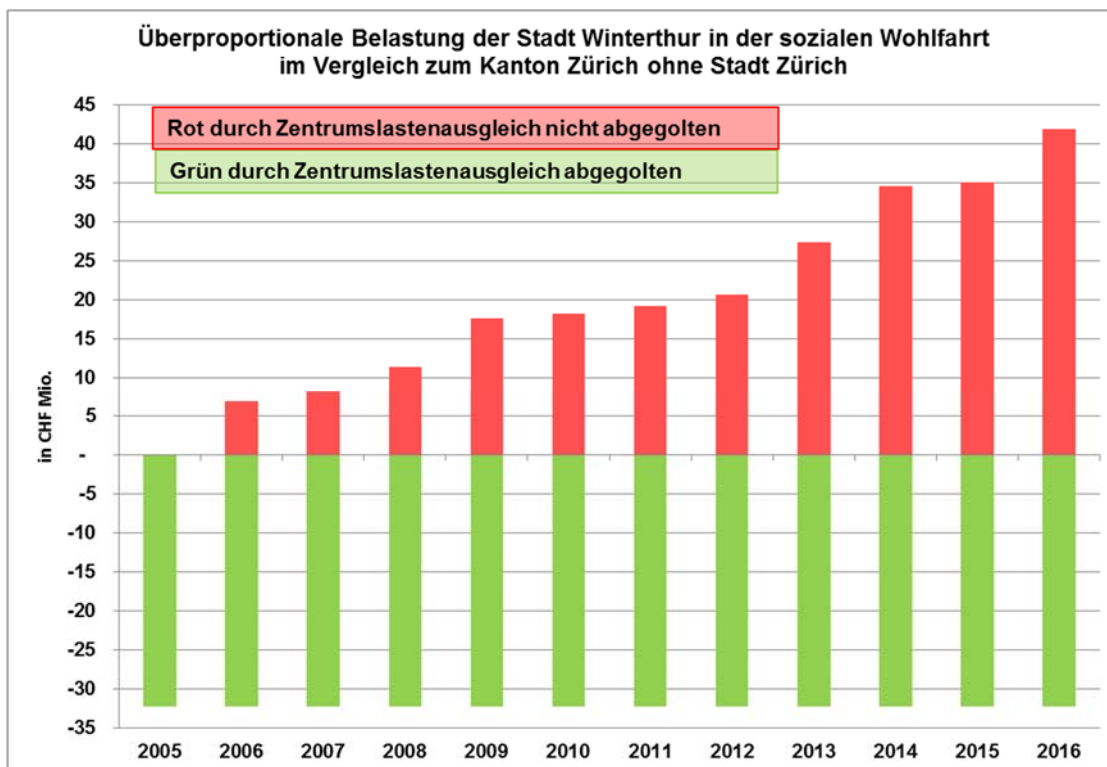
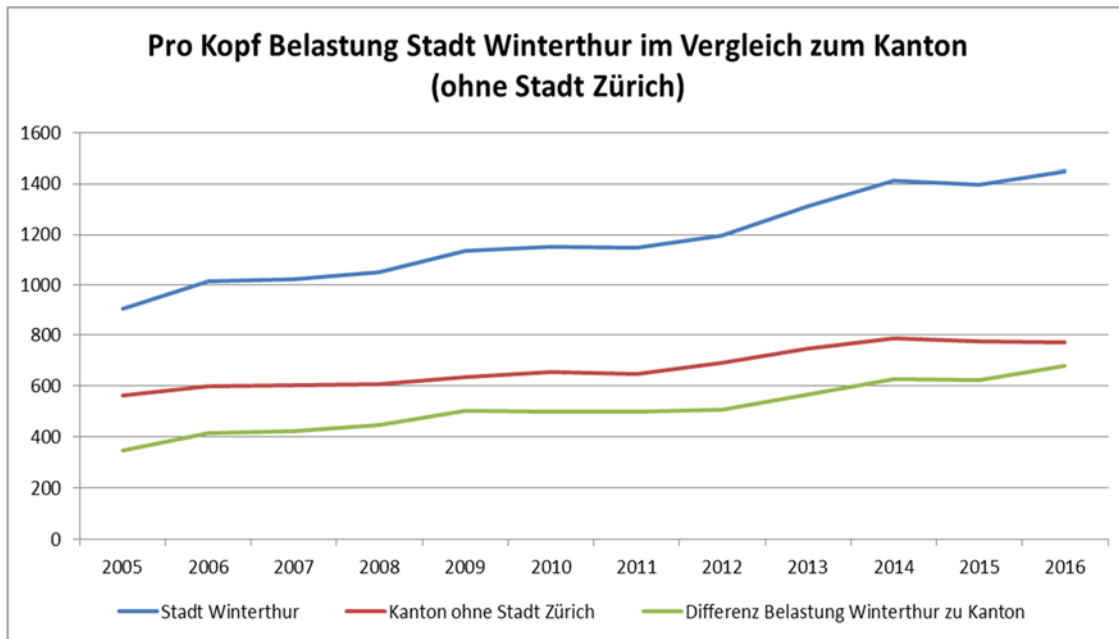
Bis zu einem gewissen Grad können die Mehrkosten für Zinsen wegen zusätzlichem Fremdkapital durch die günstigere Ablösung von bestehenden Anleihen aufgefangen werden. Die Zinskosten für neues Fremdkapital von 100 Millionen Franken mit einer Duration von 15 Jahren betragen aktuell rund 1 Million Franken pro Jahr.

Gegenüber dem letztjährigen IAFP wird mit leicht stärker steigenden Zinssätzen gerechnet.

Im Budget 2019 wird bei der **PG Parkhäuser und Parkplätze** auf eine Ablieferung des Jahresgewinns an die steuerfinanzierte Stadt aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage verzichtet. Sobald diese erstellt ist, wird wieder mit einer jährlichen Ablieferung von rund 1,6 Millionen Franken pro Jahr gerechnet. Zudem wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2020 zusätzlich 8 Millionen Franken aus den überdotierten Reserven dieses Eigenwirtschaftsbetriebs an die steuerfinanzierte Stadt transferiert werden.

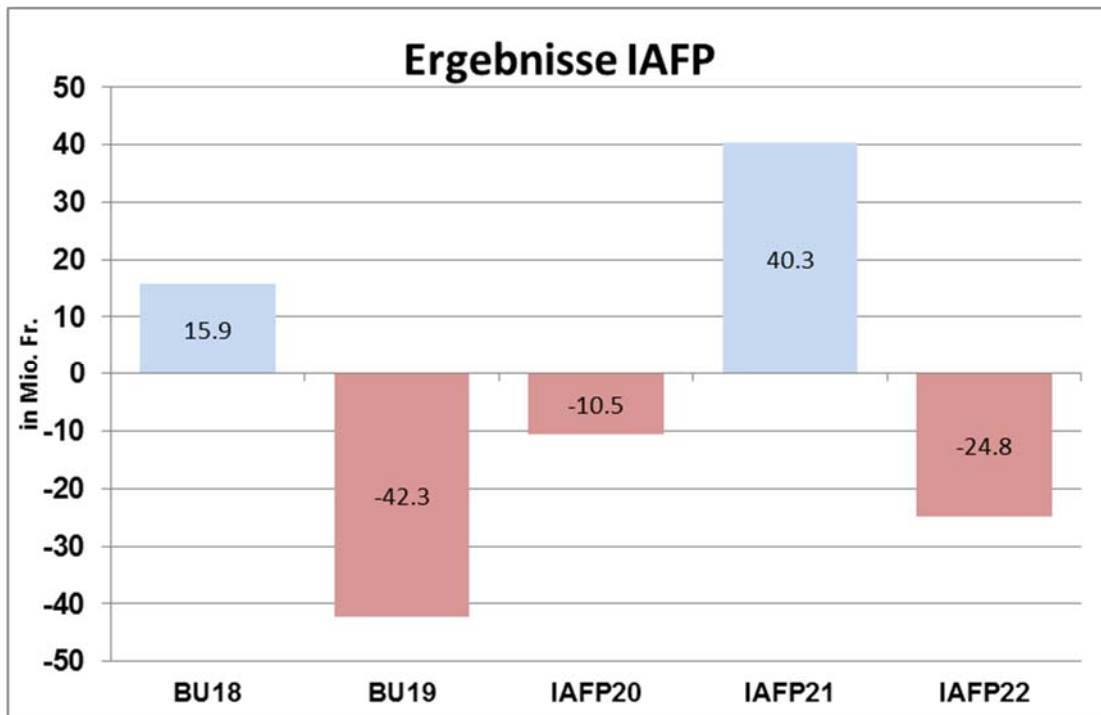
Im letztjährigen IAFP wurde ebenfalls von einer konstanten Ablieferung von 1,6 Millionen Franken pro Jahr ausgegangen.

Der angestrebte **Soziallastenausgleich** wird in den Planjahren 2021 und 2022 berücksichtigt. Hierfür wurde neu ein um 7 auf 42 Millionen Franken erhöhter Betrag in die Planung aufgenommen. Diese Summe entspricht der überproportionalen Belastung der Stadt Winterthur durch die Soziale Wohlfahrt seit 2005 (Datenbasis für den neuen Finanzausgleich).

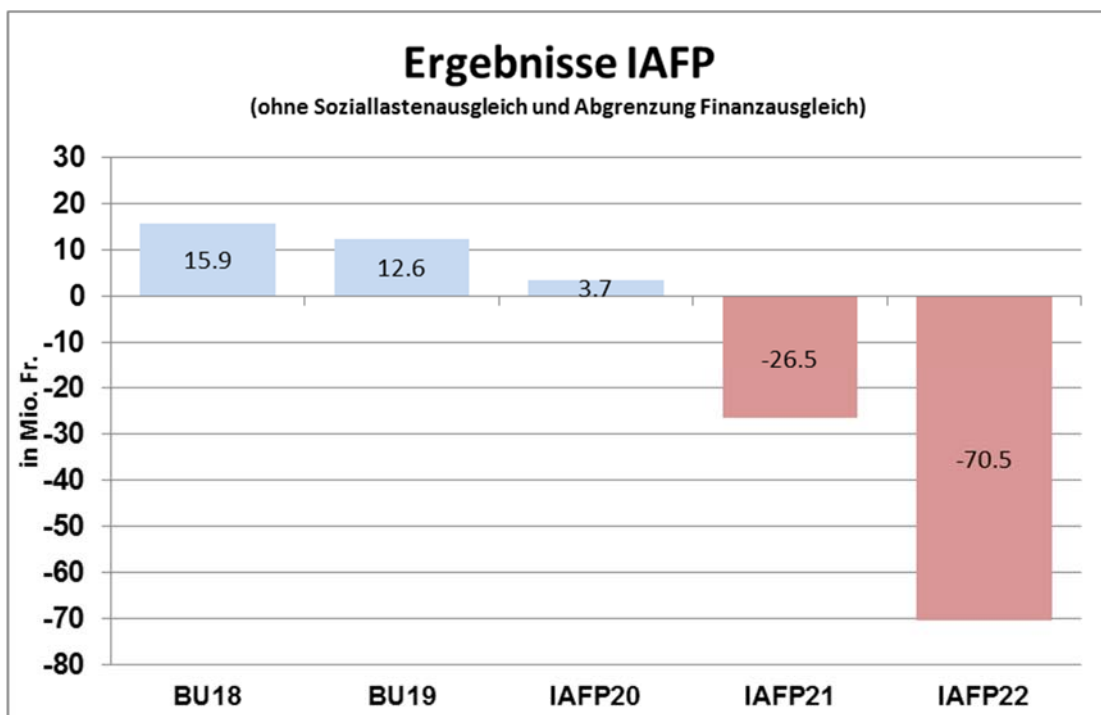


Im letztjährigen IAFP wurde mit einem Ausgleich in der Höhe von 35 Millionen Franken bereits ab 2020 gerechnet, was aufgrund des Standes der Diskussionen nicht mehr realistisch erscheint.

Zusammengefasst führen diese wesentlichen Veränderungen zu folgenden Ergebnissen im IAFP 2020 bis 2022:



Rechnet man die Effekte des geplanten Soziallastenausgleichs sowie der Abgrenzung des Finanzausgleichs heraus, ergeben sich folgende «operative» Werte:



Die detaillierten Entwicklungen in den einzelnen Produktgruppen sind in den Begründungen im Teil B des Budgets enthalten.

7. Investitionsplanung 2019 bis 2022

a) Allgemeines Verwaltungsvermögen

Durch die Aufnahme neuer Projekte sowie Projektvorverschiebungen und -verzögerungen hat sich die Investitionsplanung gegenüber der letztjährigen Planung um insgesamt 54,9 Millionen Franken erhöht. Die Differenzen fallen insbesondere beim Departement Schule und Sport und im Planjahr 2021 zusätzlich beim Departement Bau an.

Stadt Winterthur in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	88,8	99,0	85,0	73,2
Investitionsplan 2018 - 21	82,1	78,6	58,2	
Differenz zum Vorjahr	6,7	20,4	26,8	

Nachfolgend werden die Abweichungen des Investitionsplans 2019-2022 zum Vorjahresinvestitionsplan (2018-2021) aufgezeigt. Zusätzlich werden alle grösseren Projekte aufgelistet, die im Programm 2019 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind.

Departement Kulturelles und Dienste in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	3,0	2,8	3,4	5,3
Investitionsplan 2018 - 21	2,2	1,6	2,1	
Differenz zum Vorjahr	0,8	1,2	1,3	

13219 Grosszyklischer Gebäudeunterhalt Theater Winterthur, erster Teil (2019-2021) in Mio. Fr. 1,2

Departement Finanzen in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	5,8	7,6	2,8	2,9
Investitionsplan 2018 - 21	4,6	6,9	2,3	
Differenz zum Vorjahr	1,2	0,7	0,5	

Departement Bau in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	12,0	15,3	17,7	6,8
Investitionsplan 2018 - 21	15,6	16,2	6,5	
Differenz zum Vorjahr	-3,6	-0,9	11,2	

Departement Sicherheit und Umwelt in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	20,1	20,2	28,4	20,2
Investitionsplan 2018 - 21	21,5	21,8	24,4	
Differenz zum Vorjahr	-1,4	-1,6	4,0	

12833 Neues Polizeigebäude in Mio. Fr. 16,6

Departement Schule und Sport
in Mio. Franken

	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	41,5	47,0	26,6	33,9
Investitionsplan 2018 - 21	32,4	26,7	18,6	
Differenz zum Vorjahr	9,1	20,3	8,0	

in Mio. Fr.

12080	SH Laubegg: Erweiterung 2017			2,5
12883	SH Wallrütli: Ersatzneubau			4,0
12978	SH Mattenbach: Sanierung			7,0
13060	SH Hohfurri: Sanierung			7,2
13235	SH Büelwiesen: Sanierung Haustechnik			1,6
13236	SH Heiligberg Sporttrakt			1,6
13241	SH Wülflingerstrasse Pavillon			1,0
13207	Kunstrasen Talgut			1,6

Departement Soziales
in Mio. Franken

	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	0,4	0	0	0
Investitionsplan 2018 - 21	0,4	0	0	
Differenz zum Vorjahr	0	0	0	

Departement Technische Betriebe
in Mio. Franken

	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	3,8	4,0	4,3	2,5
Investitionsplan 2018 - 21	2,6	4,4	3,3	
Differenz zum Vorjahr	1,2	-0,4	1,0	

Behörden und Stadtkanzlei
in Mio. Franken

	2019	2020	2021	2022
Investitionsplan 2019 - 22	2,4	2,2	1,7	1,7
Investitionsplan 2018 - 21	2,9	1,0	1,0	
Differenz zum Vorjahr	-0,5	1,2	0,7	

b) Verwaltungsvermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe
Investitionsplanung
in Mio. Franken

	2019	2020	2021	2022
Tiefbau (Werkhof)	2,7	2,3	1,1	0,6
Entsorgung	20,0	20,2	20,1	17,5
Parkhäuser und Parkplätze	0	0	0,1	1,6
Spitex	0,1	0	0	0
Alterszentren	7,3	5,1	7,3	19,1
Stadtwerk Winterthur	65,5	56,7	53,1	54,7
Stadtbus Winterthur	7,9	4,3	5,0	9,1
Total	103,5	88,6	86,7	102,6

Insbesondere aufgrund der Fertigstellung der Sanierung des Faulraumes 2 der Abwasserreinigungsanlage Hard und des Abschlusses grösserer Fuhrpark-Investitionen bei Stadtbus sinkt

das Investitionsvolumen der Eigenwirtschaftsbetriebe im Planjahr 2020 markant. Der Wiederanstieg im Jahr 2022 ist auf die Umsetzung des Erweiterungsneubaus des Alterszentrums Adlergarten und wiederum grösserer Fahrzeugbeschaffungen bei Stadtbus zurückzuführen.

Nachfolgend sind alle Projekte aufgeführt, die im Programm 2019 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind:

		in Mio. Fr.
Entsorgung		
20363	Regenbecken Talacker inkl. Zulaufkanäle: Neubau	3,5
Alterszentren		
13133	Erweiterungsneubau Adlergarten	1,2
21002	AZR: Umbau Alterspsychiatrie (HR)	1,5
21003	AZ: Leasing Wäsche	1,0
Stadtwerk		
20244	Sanierung Faulraum 2	4,5
20437	Fiber to the home, Glasfasernetz-Rollout	2,7
20525	Fotovoltaikanlagen in Winterthur: Rahmenkredit 20419	1,6
20715	Erneuerung Schutz- und Leittechnik UW Grüze	2,5
Stadtbus		
20463	3 Hybrid-Gelenkautobusse	1,6
20464	8 Standardbusse, Region 2-Türig	1,0
20483	9 Standardbusse	3,0

c) Finanzvermögen

Investitionsplanung in Mio. Franken	2019	2020	2021	2022
Stadt Winterthur	13,7	10,8	8,4	15,3

Mit der mehrheitlichen Realisierung der Neuüberbauung Frohsinnareal im Jahr 2019 sinken die Investitionen im Finanzvermögen in den darauffolgenden zwei Jahren stetig. Die Sanierungsarbeiten an der Liegenschaft Katharina-Sulzer Platz 1 (Halle 53) in den Jahren 2020 und 2021 wirken diesem Trend etwas entgegen. Der drastische Anstieg des Investitionsvolumens im Jahr 2022 ist der Umnutzung des Polizeigebäudes am Obertor nach dem Auszug der Stadtpolizei und der Sanierung der Liegenschaft Untere Vogelsangstrasse 11/Frohbergstrasse 8-16 geschuldet.

Nachfolgend sind alle Projekte aufgeführt, die im Programm 2019 mit einem Volumen von mehr als einer Million Franken eingestellt sind:

		in Mio. Fr.
33089	Wülflingerstrasse 261-263: Neuüberbauung Frohsinnareal	6,5
33090	Stadthausstrasse 19/21, Obertor 16/22/26: Gesamtsanierung (LR 2.4)	1,1

8. Zusammenfassung und Fazit

Der Stadtrat bedauert, dass aufgrund der neu eingeführte Regelung bezüglich der Abgrenzung des Ressourcenausgleichs die effektive finanzielle Situation und auch deren Entwicklung völlig verwischt wird und dadurch anstelle des eigentlich resultierenden Gewinnes von 12,7 Millionen Franken ein Defizit von 42,3 Millionen Franken ausgewiesen werden muss. Da das Defizit jedoch eine finanztechnische Ursache hat, kann der Stadtrat mit gutem Gewissen die letztjährige Steuersenkung um zwei Steuerprozentpunkte beibehalten. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass die Anstrengungen, die neue Abgrenzungspraxis baldmöglichst wieder aufzuheben, noch vor dem Rechnungsabschluss 2019 Früchte tragen werden.

Dank der beiden Sanierungsprogramme «effort 14+» und «Balance» sowie des gut dotierten Finanzausgleichs erlebt die Stadt zurzeit eine kurzfristige Verschnaufpause vom finanziellen Dauerstress.

Beunruhigend ist, dass die positiven Resultate der beiden Sanierungsprogramme «effort 14+» und «Balance» bereits in den IAFP-Jahren durch den starken Kostenanstieg bei den Soziallasten sowie den Kosten der Bildung – insbesondere der Sonderschulung – zunichte gemacht werden. Ertragsseitig wird zudem zumindest vorübergehend die «Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)» zu hohen Einbussen führen.

Mit einer Task Force wird der Stadtrat seine Bemühungen um einen fairen Soziallastenausgleich noch weiter stärken. Es ist zu hoffen, dass alle Winterthurer Vertreterinnen und Vertreter unabhängig ihrer Partei den Stadtrat in seinen Bemühungen unterstützen werden. Auch den steigenden Bildungskosten schaut der Stadtrat nicht tatenlos zu. Insbesondere um die geradezu explodierenden Kosten der Sonderschulung zu bremsen, wurde das Projekt «Wega» ins Leben gerufen. Zudem erhofft sich der Stadtrat im Rahmen der Totalrevision der Gemeindeordnung auch eine Behördenreorganisation im Schulbereich mit schlankeren Strukturen und der Beseitigung der heutigen teilweise unklaren Verantwortlichkeiten und Doppelspurigkeiten.

Kurzum: Es braucht auch weiterhin grosse Anstrengungen des Stadtrates und der Verwaltung, aber vor allem auch der Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Gemeinde- und Kantons-ebene, damit die städtischen Finanzen nachhaltig verbessert werden können.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertra-gen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorstehenden.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Beilagen:

- Übersicht Stellenplanveränderungen
- Budget Teil A (Übersichten Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und Anhänge)
- Budget Teil B (Globalbudgets)

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

Refinanzierung:

Die Departemente zeigen auf, wie viele der zusätzlich budgetierten Stellen voll- oder teilrefinanziert sind. Von refinanzierten Stellen wird grundsätzlich gesprochen, wenn diese vollumfänglich oder mindestens zur Hälfte (50%) über Gebühren, über die Generierung zusätzlicher Einnahmen oder Verminderung von Ausgaben finanziert oder von Dritten wie z.B. Kanton/Bund abgegolten werden.

Die Spalte "Abweichung" weist die Differenz zwischen Stellenvermehrungen und Stellenverminderungen pro Departement aus. Da sich die Spalte "davon refinanziert" lediglich auf die geplanten Stellenvermehrungen pro Departement bezieht, kann der Anteil refinanzierter Stellen höher ausfallen als die Stellenplandifferenz.

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

Departement	BU 2018	BU 2019	Abweichung	Davon Refinanziert
1 - Kulturelles und Dienste	197.88	208.35	10.47	0,40
2 - Finanzen	179.51	185.32	5.81	1,00
3 - Bau	284.30	287.80	3.50	2,00
4 - Sicherheit und Umwelt	383.93	387.67	3.74	0,00
5 - Schule und Sport	489.11	516.62	27.51	8,31
6 - Soziales	942.85	954.90	12.05	12,15
7 - Technische Betriebe	761.83	771.22	9.39	9,49
8 - Behörden und Stadtkanzlei	16.35	18.90	2.55	0,00
Total	3'255.76	3'330.78	75.02	33,35

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
1	Kulturelles und Dienste			Im Departement 1 ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 10.47 im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -0.07 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.07 Stellen in der Produktgruppe 170 (Anpassung an geringeren Bedarf) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 10.54 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.6 Stellen in der Produktgruppe 121 Personalamt (zusätzlicher Bedarf) + 1.13 Stellen in der Produktgruppe 142 Stadtentwicklung (Überführung der Stellengruppe 91 in den Stellenplan) + 0.4 Stellen in der Produktgruppe 152 Theater (erhöhter Bedarf, 100% refinanziert) + 0.37 Stellen in der Produktgruppe 155 Bibliotheken (Überführung der Stellengruppe 91 in den Stellenplan) + 0.5 Stellen in der Produktgruppe 157 Subventionsverträge (zusätzlicher Bedarf befristet auf 2 Jahre sowie Überführung der Stellengruppe 91 in den Stellenplan) + 4.84 Stellen in der Produktgruppe 158 Städtische Museen (zusätzlicher Bedarf in Zusammenarbeit mit House of Winterthur sowie Überführung der Stellengruppe 91 in den Stellenplan) + 1.5 Stellen in der Produktgruppe 170 Rechtspflege (erhöhter Bedarf) + 0.2 Stellen in der Produktgruppe 192 Departementssekretariat (erhöhter Bedarf) Weiterführung: Weiterführung der bis 30.04.2019 befristeten Stelle Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung (1.0 Stellen) als unbefristete Stelle. Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Sekretariat Integrationsförderung (0.5 Stellen) als unbefristete Stelle. Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Projektleiter/in Ansiedlungsmanagement (0.5 Stellen) als unbefristete Stelle. Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Integrationsdelegierte/r (0.1 Stellen) als unbefristete Stelle.

121000 Personalamt

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
14.05	15.65	1.60	0,00	In der Produktgruppe 121 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.6 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.6 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Stellen SAP HR Applikationsbetreuer/in (Ersatzbeschaffung und Ausbau PIAS) + 0.6 Stellen Qualitätsmanager/in Berufliche Grundbildung (Einführung Qualitätsmanagement, Berufsbildungscontrolling, Aufbau Ausbildungsverbund). Die Stelle ist bis 2020 befristet. Weiterführung: Weiterführung der bis 30.04.2019 befristeten Stelle Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung (1.0 Stellen) als unbefristete Stelle.
142000	Stadtentwicklung			
12.80	13.93	1.13	0,00	In der Produktgruppe 142 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.13 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Umwandlung von + 1.13 Stellen der Stellengruppe „91 Übrige“ zu ausserordentliche Anstellungen im Rahmen der Revision PST/VVO und damit Integration in den ordentlichen Stellenplan (keine Veränderung der Personalkosten). Weiterführung: Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Sekretariat Integrationsförderung (0.5 Stellen) als unbefristete Stelle. Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Projektleiter/in Ansiedlungsmanagement (0.5 Stellen) als unbefristete Stelle. Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Integrationsdelegierte/r (0.1 Stellen) als unbefristete Stelle.
152000	Theater Winterthur			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
27.23	27.63	0.40	0,40	In der Produktgruppe 152 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.4 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.4 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.1 Stellen Koch/Köchin (Gestiegene Nachfrage Caterings bei Vermietungen sowie höhere Auslastung im Restaurant) + 0.2 Stellen Mitarbeiter/in Küche (Gestiegene Nachfrage Caterings bei Vermietungen sowie höhere Auslastung im Restaurant) + 0.1 Stellen Verkauf+Vermietung (Höherer administrativer Aufwand inkl. Leistungsabrechnungen aufgrund der gestiegenen Nachfrage Caterings und Gastronomie)
155000	Winterthurer Bibliotheken			
47.66	48.03	0.37	0,00	In der Produktgruppe 155 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.37 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Umwandlung von + 0.37 Stellen der Stellengruppe „91 Übrige“ zu ausserordentliche Anstellungen im Rahmen der Revision PST/VVO und damit Integration in den ordentlichen Stellenplan (keine Veränderung der Personalkosten).
157000	Subventionsverträge			
10.68	11.18	0.50	0,00	In der Produktgruppe 157 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.5 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.5 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.1 Stellen Fachmitarbeiter/in Betreuung städtische Kunstsammlung (Betreuung und Professionalisierung der Ausleihe und der Bestandskontrolle). Die Stelle ist auf 2 Jahre befristet. + 0.4 Stellen Umwandlung der Stellengruppe „91 Übrige“ zu ausserordentliche Anstellungen im Rahmen der Revision PST/VVO und damit Integration in den ordentlichen Stellenplan (keine Veränderung der Personalkosten).
158000	Städtische Museen			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
29.99	34.83	4.84	0,00	In der Produktgruppe 158 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 4.84 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 4.84 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.6 Stellen Fachmitarbeiter/in Kulturmarketing (Schaffung einer Stelle in Zusammenarbeit mit dem House of Winterthur) + 4.24 Stellen Umwandlung der Stellengruppe „91 Übrige“ zu ausserordentliche Anstellungen im Rahmen der Revision PST/VVO und damit Integration in den ordentlichen Stellenplan (keine Veränderung der Personalkosten).
159000 Bereichsleitung Kultur				
4.30	4.30	0.00	0,00	In der Produktgruppe 159 ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
160000 Städtische Bauten				
12.35	12.35	0.00	0,00	In der Produktgruppe 160 ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
170000 Rechtspflege				
33.62	35.05	1.43	0,00	In der Produktgruppe 170 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.43 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.07 Stellen in folgendem Bereich: - 0.07 Stellen Reinigung BA Oberwinterthur (Anpassung an geringeren Bedarf) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.5 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Springer/in Pfändungsbeamt/in (aufgrund der weiterhin gestiegenen Anzahl Fälle und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften) + 0.5 Stellen Sekretariat Friedensrichter/innen (Mehraufwand an Administration aufgrund gestiegener Anzahl Fälle sowie Übernahme von Aufgaben im Finanz- und Rechnungswesen, die bis anhin extern vergeben wurden)
192000 Departementssekretariat KD				

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
5.20	5.40	0.20	0,00	In der Produktgruppe 192 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.2 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.2 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.1 Stellen Stadtratssekretariat (Stellvertretung/Unterstützung im Präsidiumssekretariat aufgrund gesteigener Arbeitslast) + 0.1 Stellen Departements-Controller/in (aufgrund gesteigener Arbeitslast)
197.88	208.35	10.47	0,40	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
2	Finanzen			Im Departement Finanzen ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 5.81 im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.19 Stellen in folgendem Bereich: - 0.19 Stellen im Bereich Immobilien Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 6 Stellen in folgenden Bereichen: + 1 Stelle im Steueramt (Kompetenzzentrum Grundstückgewinnsteuer) + 4.8 Stellen im Bereich Informatik (Smart City / Insourcing) + 0.2 Stellen im Departementssekretariat (Aufbau Fachstelle Kommunikation) Weiterführung: Weiterführung der bis 28.02.2019 befristeten Stelle im Steueramt als Rechtsanwalt / Rechtsanwältin (1.0 Stellen) als unbefristete Stelle.
221000	Finanzamt			
14.90	14.90	0.00	0,00	Im Finanzamt gibt es keine Veränderungen im Vergleich zum Budget 2018.
222000	Informatikdienste			
58.38	63.18	4.80	0,00	In der Informatik ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 4.8 Stellen im Vergleich zum Budget 2018: Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 4.8 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Stelle „Fachstelle Smart City“ (gem. Stadtratsbeschluss SRB18.171-1) + 1.2 Stellen Applikationsmanager zur Stabilisierung zentraler, städtischer Systeme (100% intern verrechenbar) + 0.6 Stellen IT Jurist (int. Fachstelle Submissionen und Compliance) + 2.0 Stellen Projektleiter (Insourcing Projektleitung, 100% intern verrechenbar). Mit dem Insourcing der Projektleiter kann die Stadt Einsparungen von rund 180'000 CHF realisieren.
233000	Steuerbezug			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
63.90	64.90	1.00	1,00	Im Steueramt ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1 Stelle im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1 Stelle im Bereich der Grundstückgewinnsteuer aufgrund der Balance-Massnahme „Aufbau eines Dienstleistungszentrums“. Weiterführung: Weiterführung der bis 28.02.2019 befristeten Stelle als Rechtsanwalt / Rechtsanwältin (1.0 Stellen) als unbefristete Stelle.
240000	Immobilien			
37.63	37.44	-0.19	0,00	Im Bereich Immobilien ergibt sich gesamthaft eine Differenz von – 0.19 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Es erfolgt ein Abbau von - 0.19 Stellen im folgenden Bereich: - 0.19 Stellen Reinigung mit Anteil Hauswartung
291000	Departementssekretariat Finanzen			
4.70	4.90	0.20	0,00	Im Departementssekretariat ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.2 Stellen im Vergleich zum Budget 2018: Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.2 Stellen in folgendem Bereich: + 0.2 Stellen Kommunikationsbeauftragte/r (Aufbau Fachstelle)
179.51	185.32	5.81	1,00	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
3	Bau			Im Departement Bau ergibt sich über alle Produktgruppe eine Differenz von + 3.5 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.0 Stellen in folgenden Bereichen - 1.0 Stellen Projektassistenz (interne Verschiebung in die Produktgruppe Stadtentwässerung) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 4.5 Stellen in folgendem Bereich: +1.0 Stellen in der Produktgruppe Tiefbau (Projektleitungsstelle Verkehrsplanung) +1.0 Stellen in der Produktgruppe Entsorgung (interne Verschiebung von Produktgruppe Tiefbau) +2.5 Stellen in der Produktgruppe Amt für Städtebau (Projektleitungsstellen für BZO-Revision und Bau infolge ansteigendem Investitionsvolumens)
322000	Tiefbau			
120.10	120.10	0.00	1,00	In der Produktgruppe Tiefbau ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.0 Stellen in folgendem Bereich: - 1.0 Stellen Projektassistenz aufgrund Verschiebung in Produktgruppe Entsorgung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Projektleitung in der Verkehrsplanung
328000	Entsorgung			
72.15	73.15	1.00	1,00	In der Produktgruppe Entsorgung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Projektassistenz aufgrund interner Verschiebung von der Produktgruppe Tiefbau
340000	Vermessungsamt			
15.30	15.30	0.00	0,00	In der Produktgruppe Vermessung ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
350000	Baupolizei			
30.50	30.50	0.00	0,00	In der Produktgruppe Baupolizeiamt ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
360000	Amt für Städtebau			
34.45	36.95	2.50	0,00	In der Produktgruppe Amt für Städtebau ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2.5 Stellen im Vergleich zum Budget 2018.
				Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von insgesamt + 2.5 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Stellen Projektleitung in der Abteilung Raumentwicklung für die anstehende BZO Revision + 1.5 Stellen Projektleitung in der Abteilung Bau infolge ansteigendem Investitionsvolumens
391000	Departementssekretariat Bau			
11.80	11.80	0.00	0,00	Im Departementssekretariat ergibt sich keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
284.30	287.80	3.50	2,00	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
4	Sicherheit und Umwelt			Im Departement DSU ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 3.74 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 2.0 Stellen in folgenden Bereichen: - 2.0 Stellen in der Produktgruppe UGS (Kantonalisierung Arbeitsinspektorat) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 5.94 Stellen in folgenden Bereichen: + 3.94 Stellen in der Produktgruppe SIW (geänderte gesetzliche Anforderungen und Sicherstellung des Schichtmindestbestandes und Einführung 5. Ferienwoche) + 1.0 Stellen in der Produktgruppe UGS (Schaffung der Fachstelle betriebliche Sicherheit) + 0.8 Stellen in der Produktgruppe Parkhäuser und Parkplätze (technischer Mitarbeiter Unterhalt und Pikettdienst)
411000	Stadtrichteramt			
7.40	7.40	0.00	0,00	In der Produktgruppe Stadtrichteramt ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
424000	Stadtpolizei			
252.60	252.60	0.00	0,00	In der Produktgruppe Stadtpolizei ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
425000	Parkplätze und Parkhäuser			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
4.50	5.30	0.80	0,00	In der Produktgruppe Parkplätze und Parkhäuser ergibt sich gesamthaft eine Veränderung von +0.8 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: + 0.8 Technischer Mitarbeiter/in für den Unterhalt und Pikettdienst.
426000	Lebensmittelinspektorat			
10.42	10.42	0.00	0,00	In der Produktgruppe Lebensmittelinspektorat ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
460000	Melde- und Zivilstandswesen			
29.10	29.10	0.00	0,00	In der Produktgruppe Melde- und Zivilstandswesen ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
470000	Schutz & Intervention Winterthur			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
65.26	69.20	3.94	0,00	In der Produktgruppe Schutz & Intervention ergibt sich gesamthaft eine Differenz von +3.94 Stellen im Vergleich zum Budget 2018 Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +3.94 Stellen in folgenden Bereichen: +3.3 Stellen aufgrund einer Änderung der kantonalen Rechtsgrundlagen (Feuerwehrverordnung, Vollzugsvorschriften im Feuerwehrwesen) zur Sicherstellung des Schichtmindestbestandes. +0.6 Stellen aufgrund der Revision Personalstatut (5 Ferienwoche für alle) zur Sicherstellung des Schichtmindestbestandes. +0.04 Stellen aufgrund Ausgleich einer Rundungsdifferenz bei einer Teilzeitreinigungskraft.
480000	Umwelt- + Gesundheitsschutz			
9.50	8.50	-1.00	0,00	In der Produktgruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz ergibt sich gesamthaft eine Veränderung von -1 Stelle im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von -2 Stellen im Arbeitsinspektorat aufgrund der Kantonalisierung. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von +1 Stelle für die Leitung der Fachstelle Sicherheit.
491000	Departementssekretariat SU			
5.15	5.15	0.00	0,00	Im Departementssekretariat DSU ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt kein Abbau. Stellenaufbau: Es erfolgt kein Aufbau.
383.93	387.67	3.74	0,00	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
5	Schule und Sport			Im Departement Schule und Sport ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 27.51 im Vergleich zum Budget 2018. Die Zunahme ist im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Leistungsauftrags (Ausbau des Angebots Schulergänzende Betreuung, Schulsozialarbeit, Schulzahnärztlicher Dienst, Sonderschulen und integrierte Schulung) sowie den strategischen Projekten der ELW zurückzuführen. Die Zunahme bei den Hauswartungen erfolgt aufgrund einer Anpassung der Jahresstunden gemäss Personalstatut. Von den zusätzlichen Stellen sind 0.5 Stellen bei der ELW und 7.81 Stellen bei der SchuBe durch Elternbeiträge zu 45 % refinanziert. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von – 1.96 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.05 Stellen in der Produktgruppe Volksschule - 0.60 Stellen in der Produktgruppe Familie und Betreuung - 1.31 Stelle in der Produktgruppe Berufsbildung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau + 29.47 von Stellen in folgenden Bereichen: + 1.00 Stellen im Departementsstab + 13.50 Stellen in der Produktgruppe Volksschule + 0.50 Stellen in der Produktgruppe Einkauf und Logistik + 6.52 Stellen in der Produktgruppe Sonderschulung + 7.86 Stellen in der Produktgruppe Familie und Betreuung + 0.09 Stellen in der Produktgruppe Sportamt
511000	Departementsstab SS			
17.40	18.40	1.00	0,00	Beim Departementsstab ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 1.0 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 0.2 Stellen Übernahme Parkplatzbewirtschaftung (refin.), IKS + 0.8 Stellen Rechtsdienst aufgrund erhöhter qualitativer und quantitativer Anforderungen zur Sicherstellung des Dienstleistungsauftrags und der gesetzlichen Anforderungen
514000	Volksschule			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
214.65	228.10	13.45	0,00	Bei der PG Volksschule ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 13.45 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.05 Stellen in folgendem Bereich: - 0.05 Stellen SchuCom aufgrund interner Verschiebung zu Admin. Familie und Betreuung (Sachbearbeiter/in IT Support) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 13.50 Stellen in folgendem Bereich: + 1.28 Stellen Schulsozialarbeit aufgrund erhöhter Kinderzahl (zwei bis drei Prozent pro Jahr). + 0.30 Stellen Schulpsychologischer Dienst aufgrund erhöhter Kinderzahl + 0.20 Stellen Schulzahnärztlicher Dienst aufgrund erhöhter Kinderzahl und komplexerer Fälle + 0.50 Stellen Schulische Integration aufgrund erhöhter Kinderzahl und komplexerer Integrationsfälle + 0.50 Stellen Therapien/Fachstelle Sozialpädagogik aufgrund erhöhter Kinderzahl und komplexerer Therapiefälle + 0.40 Stellen Administration Bildung aufgrund neuem Empfang im Superblock für Dienstleistungen Bereich Bildung + 6.08 Stellen Hauswartungen aufgrund Berichtigung Berechnung Stellenplan pro 100 %-Stelle von 2'131 auf 1'890 Jahresstunden (gem. PST, bisher im Finanzbudget enthalten) + 1.74 Stellen Insourcing Reinigung Schulhaus Zinzikon (kostenneutral) + 2.50 Stellen Kreisschulpflege-Sekretariate aufgrund Wachstum Schülerzahlen sowie komplexeren Aufgaben (ZSP-Beschluss vom 07.05.18)
522000	Einkauf und Logistik Winterthur			
7.50	8.00	0.50	0,50	Bei der PG Einkauf und Logistik ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.50 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.50 Stellen in folgendem Bereich: + 0.50 Stellen aufgrund Ausbau Dienstleistungen und departementsübergreifender strategischer Projekte (refinanziert).
534000	Sonderschulung			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
57.87	64.39	6.52	0,00	Bei der PG Sonderschulung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 6.52 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 6.52 Stellen in folgendem Bereich: + 2.81 Stellen HPS (Michaelschule): 0.97 Stellen (gebunden/Angebotspflicht § 27 Abs. 2 VSV) für ausserschulische Betreuung bis 18 Uhr. 1.84 neue Stellen für ISS aufgrund Zuzügen und Häufung schwieriger Situationen. Ohne zusätzliche Settings ist eine integrierte Schulung nicht möglich. + 1.36 Stellen CPS (Maurerschule) aufgrund höherem Betreuungsaufwand infolge Schülerwachstum und Einführung Schulergänzende Betreuung. Davon sind 0.38 Stellen für Reinigungs-MA, da die Räumlichkeiten viel stärker genutzt werden (acht Schüler/Tag im 2008, 22 Schüler/Tag im 2018). + 2.15 Stellen KGS (Kleingruppenschule) gemäss Verordnung über sonderpäd. Massnahmen. Das VSA hat den künftigen Bedarf an Sonderschulplätzen eingeschätzt. Ein Projekt zur Erweiterung der KGS wurde am 20.03.18 durch die ZSP gestartet. + 0.20 Stellen Sonder Administration aufgrund erhöhtem Aufwand durch den Wega-Zuweisungsprozess.
576000	Familie und Betreuung			
133.40	140.66	7.26	7,81	Bei der PG Familie und Betreuung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 7.26 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.60 Stellen in folgendem Bereich: - 0.60 Stellen Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur aufgrund Auflösung befristeter Stelle Sozialpädagoge Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 7.86 Stellen in folgendem Bereich: + 7.81 Stellen bei der Schulergänzenden Betreuung (SchuBe), um die Umsetzung des Leistungsauftrages aufgrund erhöhter Schülerzahl sicherzustellen. Der Betreuungsschlüssel ist durch übergeordnetes Recht vorgegeben. Diese Stellen sind zu 45 % refinanziert. + 0.05 Stellen Administration SchuBe (Sachbearbeiter/in IT Support) aufgrund interner Verschiebung von SchuCom
580000	Berufsbildung			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
18.46	17.15	-1.31	0,00	Bei der PG Berufsbildung ergibt sich gesamthaft eine Differenz von – 1.31 im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.31 Stellen in folgendem Bereich: - 1.31 Stellen gemäss Umsetzung Balance-Massnahme „MSW 4.0“
590000 Sportamt				
39.83	39.92	0.09	0,00	Bei der PG Sportamt ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.09 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.09 Stellen in folgendem Bereich: + 0.09 Stellen im Bereich Projektleiter Schulsport aufgrund Bereinigung der Anstellung auf effektiv gearbeiteten Beschäftigungsgrad.
489.11	516.62	27.51	8,31	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
6	Soziales			Im Departement Soziales ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 12.05 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 12.15 Stellen in folgenden Bereichen: - 8.50 Stellen in der Sozial- und Erwachsenenhilfe - 0.25 Stellen in der Prävention und Suchthilfe - 0.90 Stellen in der BL Soziale Dienste - 0.65 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Spitex - 1.65 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Alterszentren - 0.20 Stellen in der Arbeitsintegration Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 24.2 Stellen in folgenden Bereichen: + 5.70 Stellen in der Sozial- und Erwachsenenhilfe + 2.40 Stellen in der Prävention und Suchthilfe + 1.85 Stellen in der BL Soziale Dienste + 1.38 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Spitex +12.67 Stellen im Eigenwirtschaftsbetrieb Alterszentren + 0.20 Stellen in der Arbeitsintegration Weiterführung: Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (0.8 Stellen) als unbefristete Stelle
613000	Kindes- und Erwachsenenschutz			
42.20	42.20	0.00	0,00	In der KESB ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
621000	Sozial- und Erwachsenenhilfe			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
144.65	141.85	-2.80	0,00	In der Sozial- und Erwachsenenhilfe ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 2.8 Stellen im Vergleich zum Budget 2018 (unter Berücksichtigung der mit dem Novemberbrief 2018 bewilligten 11.0 Stellen). Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 8.5 Stellen in folgenden Bereichen: - 8.0 Stellen Asyl 24h-Präsenz Kollektivunterkunft Busdepot (refinanziert über Tagespauschale in der PG Individuelle Unterstützung) - 0.5 Stellenverschiebung Asyl für Bewirtschaftung Grüzefeld und Hegifeld an Wohnhilfe (PG Prävention und Suchthilfe) Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 5.7 Stellen in folgenden Bereichen: + 4.7 Stellen Sozialberatung zur Reduktion der Falllast in der Langzeitfallführung + 0.9 Stellen Berufsbeistandschaft- und Betreuungsdienst infolge erhöhter Fallzahl + 0.1 Stellen Sozialversicherungen infolge erhöhter Fallzahl
627000	Prävention und Suchthilfe			
38.90	41.05	2.15	0,40	In der Prävention und Suchthilfe ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2.15 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.25 Stellen in folgendem Bereich: - 0.25 Stellen Pflegefachstelle in der Abgabestelle Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 2.4 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.5 Stellen in der Wohnbegleitung und -beratung zur Ablösung aus dem Übergangswohnraum (Massnahme Bericht Bass) + 0.5 Stellenverschiebung für Bewirtschaftung Grüzefeld und Hegifeld von PG Sozial- und Erwachsenenhilfe + 0.4 Stellen Zebra (refinanziert aus kant. Mittel aus dem Alkoholzehntel) Weiterführung: Weiterführung der bis 31.12.2018 befristeten Stelle Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (0.8 Stellen) als unbefristete Stelle
629000	BL Soziale Dienste			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
14.00	14.95	0.95	0,00	In der BL Soziale Dienste ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.95 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.9 Stellen in folgendem Bereich: - 0.9 Stellen Zentraler Fachsupport aufgrund der Abschaffung der Fallkontrolle Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.85 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.55 Stellen Zentraler Fachsupport zur Missbrauchsverhinderung (jährliche Fallrevision) und Strafanzeigen + 0.3 Stellen Aufstockung der Jugendbeauftragten
638000	Spitex			
120.10	120.83	0.73	0,73	In der Spitex ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.73 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.65 Stellen in folgendem Bereich: - 0.65 Stellenverschiebung von der Haushilfe in die Pflege infolge besserer Ausrichtung auf die Nachfrage Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.38 Stellen in folgendem Bereich: + 0.65 Stellenverschiebung von der Haushilfe in die Pflege + 0.73 Stellen zur Kompensation des Nettoeffektes aus mehr Ferien und weniger Treueprämie (neues Personalstatut) beim Personal mit Einsatzplanung
640000	Alterszentren			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
499.40	510.42	11.02	11,02	In der Alterszentren ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 11.02 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.65 Stellen in folgendem Bereich: - 1.65 Stellenverschiebung von der Pflege an die Hotellerie im Rahmen der Betriebsoptimierung im AZ Neumarkt Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 12.67 Stellen in folgenden Bereichen: + 6.0 Stellen Pflege aufgrund durchschnittlich höherem Pflegebedarf im Rahmen ‚Ambulant vor Stationär‘ + 3.43 Stellen zur Kompensation des Nettoeffektes aus mehr Ferien und weniger Treueprämie (neues Personalstatut) beim Personal mit Einsatzplanung (Schichtbetrieb) + 1.65 Stellenverschiebung an die Hotellerie von der Pflege im Rahmen der Betriebsoptimierung im AZ Neumarkt + 0.82 Stellen Personalabteilung für das Absenzenmanagement + 0.77 Stellen Therapieangebot durch eigene Abteilung anstelle von Externen
650000 Arbeitsintegration				
70.85	70.85	0.00	0,00	In der Arbeitsintegration ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 0.2 Stellen in folgendem Bereich: - 0.2 Stellen Velostation aufgrund betrieblicher Optimierung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.2 Stellen in folgendem Bereich: + 0.2 Stellen Programm Passage aufgrund höherer Zuweisung durch Sozialberatung
691000 Departementssekretariat Soziales				
12.75	12.75	0.00	0,00	Im Departementssekretariat ergibt sich gesamthaft keine Veränderung im Vergleich zum Budget 2018.
942.85	954.90	12.05	12,15	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018 BU 2019 Abweich. Refinanziert Begründung

7	Technische Betriebe	Im Departement Technische Betriebe ergibt sich über alle Produktgruppen eine Differenz von + 9.39 im Vergleich zum Budget 2018.
		Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 11.77 Stellen in folgenden Bereichen: - 6.5 Stellen in der Produktgruppe Stadtwerk Winterthur - 3.57 Stellen in der Produktgruppe Stadtbus Winterthur - 1.7 Stellen in der Produktgruppe Stadtgrün Winterthur Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 21.16 Stellen in folgenden Bereichen: + 7.3 Stellen in der Produktgruppe Stadtwerk Winterthur (diverse, 100% refinanziert) + 12.26 Stellen in der Produktgruppe Stadtbus Winterthur (v.a. Fahrdienst, 100% refinanziert) + 1.0 Stellen in der Produktgruppe Stadtgrün Winterthur (Ausbau Grüne Helfer) + 0.6 Stellen im Departementssekretariat (Kommunikationsstelle, 0.5 Transfer von Stadtgrün)

710000 Stadtwerk Winterthur

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
370.18	370.98	0.80	0,80	In der Produktgruppe Stadtwerk Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.8 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von – 6.5 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.5 Stelle Fachspezialist/in 2 FL – Abbau infolge Projektabschluss Schöntal - 0.2 Stelle Projektleiter/in 1 FI– Pensumsreduktion - 0.4 Stelle Fachspezialist/in 2 FR – Abbau infolge Integration Regulatory Mgmt in Controlling - 0.8 Stelle Kaufm. SB 1 FF – Umwandlung für Aufbau Fachverantwortung CRM - 1.0 Stelle Kaufm. SB 2 VH – Umwandlung für Aufbau Fachspezialist/in 3 (Backoffice Vertrieb) - 1.0 Stelle Installateur/in VH – Stelle wird nicht mehr benötigt - 1.0 Stelle Projektleiter/in 1 ET – Abbau infolge Projektende FTTH-Rollout - 0.1 Stelle Laternenkontrolleur/in – Abbau infolge Einführung Stadtmelder - 0.1 Stelle Fachspezialist/in ENI – Pensumsreduktion - 0.2 Stelle Projektleiter/in 2 EB – Pensumsreduktion - 1.2 Stelle Projektleiter/in 2 WEE – Abbau Reservestelle und Pensumsreduktion Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 7.3 Stellen in folgenden Bereichen: + 0.8 Stelle Personalassistent/in – Verschiebung von Stadtgrün zu Stadtwerk infolge Zusammenlegung der Personaldienste + 0.1 Stelle Kaufm. SB 2 Empfang – Aufbau infolge höherem Arbeitsvolumen am neuen Hauptsitz + 0.5 Stelle Kaufm. SB 1 FL – Umsetzung strat. Einkauf und operative Mehrarbeit durch Zentralisierung der Einkaufstätigkeiten + 0.8 Stelle Reinigung Schöntal – Mehrbedarf aufgrund erhöhtem Reinigungsaufwand am neuen Hauptsitz + 1.0 Stelle Fachspezialist/in 2 FIBA – Aufbau Business Analyst infolge Erweiterung der Kapazität im Tarifbau + 1.0 Stelle Kaufm. SB mbA SAP FF – Aufbau für Fachverantwortung CRM + 1.0 Stelle Fachspezialist/in 3 VO – Übernahme von Aufgaben von IT/IDW und Messwesen + 1.0 Stelle Leiter/in EPL – Aufbau aufgrund Reorganisation (Erhöhung Effizienz und Reduktion der zu grossen Führungsspanne des Abteilungsleiters) + 0.1 Stelle Abteilungsleiter/in 2 EL – Pensumserhöhung nach Abschluss Weiterbildung + 1.0 Stelle Projektleiter/in 2 EMT – Aufbau für Projekt Smart Metering-Rollout

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
731000	Stadtbus Winterthur			
276.21	284.90	8.69	8,69	Bei Stadtbus Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von +8.69 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von 3.57 Stellen in folgenden Bereichen: -1.17 Stellen im Bereich Werkstatt gemäss Finanzplanung des Zürcher Verkehrsverbundes -1.50 Stellen im Bereich Leitung Transport infolge einer Organisationsanpassung -0.90 Stellen im Bereich Kommunikation und Marketing, Neuorganisation und Nichtbesetzung bei Pensionierung Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von 12.26 Stellen in folgenden Bereichen: +11.39 Stellen im Fahrdienst, Anpassungen gemäss Angebotsplanung infolge der 4. Teilergänzung + 0.37 Stellen im Bereich Finanzen und Controlling + 0.50 Stellen im Bereich Fahrgastzählung, Übernahme Leadhouse "automatische Fahrgastzählung" Die Kosten für die Stellen sind zu 100% im Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes enthalten.
770000	Stadtgrün			
111.30	110.60	-0.70	0,00	In der Produktgruppe Stadtgrün Winterthur ergibt sich gesamthaft eine Differenz von - 0.7 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenreduktion: Es erfolgt ein Abbau von - 1.7 Stellen in folgenden Bereichen: - 0.4 Stellen ehemaliger Bereichsleiter Stadtgärtnerei - 0.8 Verschiebung Stelle Personalverantwortliche zu Stadtwerk, Personaldienst - 0.5 Verschiebung zum DTB für eine Kommunikationsstelle Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 1.0 Stellen in folgendem Bereich: + 1.0 Stellen Arbeitsagoge für das Projekt Grüne Helfer
791000	Departementssekretariat TB			

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
4.14	4.74	0.60	0,00	Im Departementssekretariat Technische Betriebe ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 0.6 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 0.6 Stellen in folgendem Bereich: + 0.6 Stellen für eine Kommunikationsstelle im DTB (Verschiebung 50 Stellenprozente von Stadtgrün)
761.83	771.22	9.39	9,49	

Budget 2019, Übersicht Stellenplanveränderungen

BU 2018	BU 2019	Abweich.	Refinanziert	Begründung
8	Behörden und Stadtkanzlei			Im Departement 8 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2.55 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 2.55 Stellen in der Produktgruppe 810 Stadtkanzlei (zusätzlicher Bedarf)
810000	Stadtkanzlei			
16.35	18.90	2.55	0,00	In der Produktgruppe 810 ergibt sich gesamthaft eine Differenz von + 2.55 Stellen im Vergleich zum Budget 2018. Stellenaufbau: Es erfolgt ein Aufbau von + 2.55 Stellen in folgenden Bereichen: + 1.0 Stellen Implementation ERM d3 (gemäss SR 09.1556-8) im Stadtarchiv (zusätzliche Aufgaben, Gewährleistung Stellvertretung) + 0.75 Stellen Juristische/r Mitarbeiter/in+Stv. Rechtskonsulent/in Parlament/Einbürgerungen (bisherige Aufgaben inkl. ehem. Parlamentsdienste und neu Betreuung Pensionskasse) + 0.8 Stellen Fachstelle Social Media (Strategie und Professionalisierung SM: Schwerpunkte Videojournalismus, Bild/Foto, Texte, Moderation, Aufbau weiterer SM-Plattformen)
16.35	18.90	2.55	0,00	

Anhang

Stadt Winterthur

**Budget 2019 - Übersicht befristete Stelleneinheiten**

Dept.	Produktgruppe	Funktion	Stellen- einheiten	Befristung	Begründung
1	Personalamt	Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung	1.0	01.05.2017 bis 30.04.2019	Aufbauarbeit und Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts ab 2018 / SR.17.4-1 vom 11.01.2017
2	Steueramt	Rechtsdienst	1.0	01.03.2017 bis 28.02.2019	Die Stelle wurde ursprünglich unbefristet beantragt, da die zunehmende Komplexität im Grundsteuerbereich eine juristische Verstärkung erfordert und sich die Stelle voraussichtlich refinanziert. Der GGR hat jedoch im Dez. 2016 in der Budgetdebatte 17 beschlossen, die Stelle nur befristet auf zwei Jahre zu gewähren. (s. auch SR.17.4-1 zum Stellenplan vom 11.01.2017)
6	DSO / Soziale Dienste / Sozialberatung (62100 Sozial- und Erwachsenenhilfe)	Sozialarbeiter/in	11.0	01.01.2018 bis 31.12.2021	Befristung: Funktion Sozialarbeiter/in (SAP-ID 50600 (4.0 Stellen), 54666 (4.0 Stellen), 54667 (3.0 Stellen)); 11.00 Stelleneinheiten zur Umsetzung des Projektes Falllast für 4 Jahre vom 1.1.2018 bis 31.12.2021 (Abfederung über natürliche Fluktuation)
Total			13.0		

Stand: 11. Juni 2018

Budget 2019 - vom GGR gewählte Institutionen

Stadt Winterthur



Institution	Funktion	BU 2018	BU 2019
Finanzkontrolle	Leiter/in	1.00	1.00
Finanzkontrolle	Revisionsexpert/in RAB, Stv. Leiter/in	0.90	0.90
Finanzkontrolle	Revisionsexpert/in RAB	2.20	3.60
Finanzkontrolle	Revisor/in RAB	2.10	
	Revisor/in	0.80	1.50
	Zwischentotal Finanzkontrolle	7.00	7.00
Ombudsstelle	Beauftragte für Beschwerdesachen	0.80	0.80
Ombudsstelle	Assistenz	0.83	0.83
Ombudsstelle	Reinigung	0.05	0.05
	Zwischentotal Ombudsstelle	1.68	1.68
Datenaufsichtsstelle	Datenaufsichtsstelle	0.30	0.30
	Zwischentotal Datenaufsichtsstelle	0.30	0.30
Total vom GGR gewählten Institutionen		8.98	8.98

Stand: 07. Juni 2018

Basis: Verwaltungs- und Betriebspersonal ohne Ausbildungsverhältnisse